

Dokumentation

## HITLERS DENKSCHRIFT ZUM VIERJAHRESPLAN 1936

*Vorbemerkung*

Die hier zum erstenmal vollständig veröffentlichte Denkschrift Hitlers über die Aufgaben eines Vierjahresplans liegt in einer Abschrift vor. In einer (ebenfalls abschriftlich vorliegenden) Erläuterung zu dem Dokument erklärt der ehemalige Reichsminister für Bewaffnung und Munition Albert Speer am 22. August 1945, die Denkschrift sei ihm von Hitler persönlich im Jahre 1944 mit dem Bemerkten übergeben worden, „der Unverstand des Reichswirtschaftsministeriums und der Widerstand der deutschen Wirtschaft gegen alle großzügigen Pläne hätten ihn veranlaßt, diese Denkschrift auf dem Obersalzberg auszuarbeiten. Er habe sich damals entschlossen, einen Vierjahresplan durchzuführen und Göring damit zu beauftragen. Bei der Ernennung Görings zum Beauftragten für den Vierjahresplan habe er ihm diese Denkschrift übergeben. – Sie sei“, hätte Hitler hinzugefügt, „nur in drei Exemplaren vorhanden“, von denen er ihm, Speer, eines übergebe. Da Göring zum Beauftragten für den Vierjahresplan am 18. Oktober 1936 ernannt wurde, äußert Speer abschließend die Vermutung, „daß die Denkschrift etwa im August 1936 entstanden“ sei<sup>1</sup>. Die Übereinstimmung der vorliegenden Abschrift mit dem ursprünglich im Besitz Speers befindlichen Exemplar wird auf jeder Seite von dem britischen Captain D. I. W. Goode durch Namenszug und am Schluß durch die übliche Erklärung bescheinigt. Das Dokument ist zusammen mit den Erläuterungen Speers von der Verteidigung als Schacht-Exhibit Nr. 48 in den Nürnberger Hauptprozeß, im Jahre 1948 dann von der Anklagebehörde als Dokument 4955-NI auch in den Wilhelmstraßen-Prozeß eingeführt worden. Es umfaßt einschließlich der Erläuterungen Speers 13 Schreibmaschinenseiten.

## I.

Offenbar war das Speer übergebene Exemplar von Hitler nicht signiert. In einem Tischgespräch in der Nacht vom 13. zum 14. Oktober 1941 bemerkte Hitler jedoch: „Denkschriften fertige ich nur zu ganz grundsätzlichen Fragen, wie damals dem Vierjahresplan oder im Vorjahr der Ostaktion“<sup>2</sup>. Auch ohne alle anderweitigen

<sup>1</sup> Bereits in einer Ministerratssitzung am 4. September 1936 (Nürnberg Dok. EC 416, IMT XXXVI, S. 489 ff.) unter dem Vorsitz Görings (Teilnehmer außer G.: Blomberg, Schacht, Schwerin-Krosigk, Popitz, Staatssekr. Koerner, Keppler, Min.Dir. Neumann, Stabsamtsführer des Reichsbauernführers Dr. Reischle, Oberstlt. d. G. Loeb als Protokollführer) wurde Hitlers Denkschrift von Göring verlesen. In seiner „Proklamation“ auf dem „Parteitag der Ehre“ (8.–14. 9. 36) wurde von Hitler auch der (sog.) „zweite“ Vierjahresplan (nachdem der erste, der der Beseitigung der Arbeitslosigkeit gedient hatte, niemals ausdrücklich als solcher bezeichnet worden war) verkündet.

<sup>2</sup> „Hitlers Table Talk 1941–1944“, herausg. von H. R. Trevor-Roper, London 1953, S. 57 (der oben angeführte deutsche Originaltext nach freundl. Mitteilung von Herrn François Genoud).

Zeugnisse oder inhaltlichen Indizien aber würde schon der Stil der Denkschrift jeden auch nur mäßig mit Hitlers Diktion Vertrauten auf dessen Verfasserschaft schließen lassen. Er hat vermutlich diktiert, es handelt sich jedenfalls kaum um ein ausgefeiltes Manuskript, sein Exposé hat bisweilen mehr den Charakter einer Propagandarede als einer Denkschrift und stellt im ganzen jedenfalls eine Mischung von beidem dar. Die Form ist noch salopper und gleichzeitig geschraubter als vieles andere, das nachweislich von Hitler stammt, mit noch weniger Gefühl für die Sprache, noch größerer Rücksichtslosigkeit bei Wort- und Begriffsverbindungen als etwa in „Mein Kampf“. Gewiß erhält man zu Beginn den Eindruck, daß es dem Verfasser vor allem darum geht, ihn seit einiger Zeit bewegende Gedanken und momentane Einfälle zu Papier zu bringen – (zunächst?) ohne Rücksicht auf die sprachliche Form. „Politik ist“ – Hitler zufolge – zugleich „Führung“ und „Ablauf“ des „Lebenskampfes“ der Völker. Schon im nächsten Satz geht Hitler von „diesen Kämpfen“ im Plural aus. Im dritten Satz werden „idealistische Weltanschauungskämpfe“ erwähnt, wobei „idealistisch“ kaum das Wort sein dürfte, das Hitler eigentlich meint. Wenig später erscheint das abgenutzte Bild vom „Stempel“, den nicht sehr originelle Schriftsteller gern den Jahrhunderten aufprägen, mit der noch verschlimmernden Variante, daß er dem „Inhalt von Jahrhunderten“ aufgeprägt werden soll.

Schon hier und erst recht bei weiterer Lektüre aber wird dem Leser klar, daß die sprachlichen „Eigentümlichkeiten“ der Denkschrift über alle äußeren Ursachen hinaus zum Bilde des Menschen und Politikers Hitler gehören. Konjunktionen sind unordentlich eingestreut und, typisch für Primitivität und Unklarheit des Denkens, tautologisch gehäuft („zugleich . . . ebenfalls“; „an die Spitze . . . zunächst“; „dann dafür aber auf die doch so bewährten Maßnahmen hinweisen“ usw.). Gedanken, die halbe oder ganze Sätze erfordern würden, sind in zwei oder drei Worten wiedergegeben, deren divergierende Bedeutung der Verfasser nicht bedacht hat: „gewollte Teilnahmslosigkeit“, „bolschewistischer Zusammenbruch“ (statt, wie gemeint, Zusammenbruch Deutschlands durch einen bolschewistischen Sieg). Einfache Adjektive und Hilfsverben genügen dem Autor nicht, vielmehr sagt er: „... ist diese Frage zu einer bedrohlichen geworden ...“, „... das Lebensbild eines Volkes ein ausgeglichenes sein soll ...“ oder „Deutschland besitzt die Pflicht ...“. Verben werden verwendet, die zum Subjekt gar nicht passen („... die weltanschauliche Geschlossenheit ... in noch nicht erreichtem Maße eingeleitet ...“; „... Ausflüchte haben zu schweigen ...“). Nach Art sprachlich unsicherer Schriftsteller wird umständlich und bombastisch formuliert, etwa von „Ziel und Inhalt“ gesprochen, wo nur das Ziel gemeint ist, von „Binnenwirtschaft in autarkem Sinn“, vom „inneren Wert des deutschen Volkes an sich“. Oder es kommt zu so unmöglichen Ballungen wie: „... muß ein hoher Prozentsatz des Volkes allmählich an Unterernährung als wertvoller Faktor von unserem Volkskörper abgezogen werden“. Grotesk anmutende Verbindungen wie „rapide Schnelligkeit“ oder „kürzeste Schnelligkeit“ sind schwerlich allein durch einen Mangel an Bildung bzw. die Eile der Abfassung bedingt<sup>3</sup>. Vielmehr meint der Verfasser in seinem krampfhaften

<sup>3</sup> Übrigens sagte Hitler auch in seiner Schlußansprache auf dem Parteitag: „Wir mar-

Streben nach Eindringlichkeit wohl, hiermit und mit der tautologischen Häufung von Substantiven und Verben eine besondere Wirkung zu erzielen. Wenn es schließlich heißt, daß „sich dieser Konsum auf den Lebensmittelmarkt wirft“, daß es „zur Zeit“ unmöglich sei, „Rohstoffe auf einem künstlichen Wege herzustellen“, oder daß „die Umwandlung selbst von Gold in Rohstoffe im Kriege nicht die geringste Gewähr für Verwirklichung besitzt“, so ist ein Höhepunkt der sprachlichen Unklarheit und auch der gedanklichen Verworrenheit erreicht. Es ist kaum nötig zu erwähnen, daß sich in der Denkschrift zahlreiche Wortbildungen finden, die, teilweise von Hitler selbst geprägt und seit langem wieder und wieder benutzt, im Jahre 1936 zum Jargon des Regimes gehörten: „Politisch einwandfrei geführt“, „weltanschaulich gefestigt und militärisch durchorganisiert“, „Volkskörper“, „hochwertigster Widerstandsfaktor“, „oberstes Gebot“, „eiserne Entschlossenheit“, „endgültige Lösung“, „blinde Anerkennung“ der „Führung“ durch das Volk – Sprachklischees, die ihrem Benutzer das Denken ersparten und auch heute noch nicht ganz überwunden sind. Freilich – und dieses bedarf der Erwähnung –: das Unklare und Unüberlegte, Bombastische oder Groteske, die Häufung, das Klischee, die Gleichgültigkeit gegenüber dem Wortsinn, alles das wird im Gesamteindruck wieder irgendwie abgeschwächt oder zurückgedrängt durch die suggestive Eindringlichkeit des „Schreibers“ und die Vehemenz seines Vortrags, in dem Nimbus der Person, Gestik des Augenblicks und Prophetie des Wortes zur Einheit verschmelzen.

## II.

Wie so häufig bei Stellungnahmen zu Fragen praktischer Politik beginnt Hitler mit einer zweckhaft theoretisierenden Einleitung. In ein paar Sätzen soll sie den geschichtlichen Ablauf von „Christentum und Völkerwanderung“ bis zur gegenwärtigen „Auseinandersetzung“ mit dem Bolschewismus charakterisieren, wie es seinen augenblicklichen Zielen entspricht. Im Sinne seines biologisch-materialistischen Weltbildes finden für Hitler „auch die idealistischen Weltanschauungskämpfe ... ihre tiefsten Antriebe“ im Kampf der Völker ums Dasein, wobei er lediglich einräumt, daß „Religionen und Weltanschauungen ... solchen Kämpfen stets eine besondere Härte zu geben vermögen“: eine ungewollte Enthüllung der wahren Natur gerade der nationalsozialistischen „Weltanschauung“! Im Grunde ist damit auch schon der rein taktisch-propagandistische Charakter seines Warnrufes vor dem „geschlossenen, autoritär-weltanschaulich fundierten Angriffswillen“ des Bolschewismus entlarvt, der alle weiter von ihm geltend gemachten politischen, militärischen und danach wirtschaftlichen Erfordernisse motivieren muß. Nichts anderes gilt für den kurz nach Abfassung dieser Denkschrift stattfindenden Parteitag von 1936. „Die blutigen Ereignisse in Spanien“<sup>4</sup> gaben das Stichwort dafür, schieren in rapider Schnelligkeit bewegten Zeiten entgegen. („Der Parteitag der Ehre 1936“, München 1936, S. 306.)

<sup>4</sup> Vgl. a. a. O. (siehe Anm. 3), S. 294, 305 und Dokumente der deutschen Politik Bd. 4, Berlin 1937, S. 53, 70, 79.

ihn – von Hitlers eröffnender „Proklamation“ über die Reden Goebbels' und Rosenbergs<sup>5</sup> bis vollends zu Hitlers Schlußansprache – ganz unter das Zeichen jener „größten Weltgefahr dieses endenden zweiten Jahrtausends unserer christlichen (!) Geschichte“ zu stellen. „Dies ist der Grund für die Maßnahmen, die wir militärisch getroffen haben“, hieß es zur Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Nur „mit banger Sorge“, so erklärte Hitler, könne er auch „die Gefahren abwägen, die in größerem Ausmaß heute über Europa schweben“. Und Deutschland galt sein „ernstester Appell . . . , nunmehr wieder jene Kampfstellung zu beziehen, die wir als Nationalsozialisten vor der Übernahme der Macht 14 Jahre eingenommen hatten“, und für die Gemeinschaft „kein Opfer zu groß“ zu erachten<sup>6</sup>! Ganz entsprechend betont Hitler in dieser Denkschrift die Bedrohlichkeit der bolschewistischen Gefahr angesichts einer „in sich selbst weltanschaulich zerrissenen demokratischen Welt“. Während nach seiner Darstellung „die anderen Länder entweder durch ihre demokratische Lebensform . . . selbst dem Zusammenbruch verfallen oder von autoritären Regierungen beherrscht“ sind, die „die Brachialmittel der Exekutive“ gegen ihr eigenes Volk richten müssen (!), wird das mit Italien und Japan verbündete Deutschland „wie immer als Brennpunkt der abendländischen Welt gegenüber den bolschewistischen Angriffen anzusehen sein“. Im Falle eines bolschewistischen Sieges aber prophezeit Hitler die Ausrottung des deutschen Volkes, ja, „die grauhafteste Völkerkatastrophe“ der Geschichte für Westeuropa überhaupt. Auf eine so effektvolle und durch den Geschichtsverlauf offenbar gerechtfertigte und bestätigte Herausstellung der bolschewistischen Gefahr möchte eine landläufige und nicht einmal immer tendenziös bestimmte Meinung sich auch heute stützen wollen, Hitler habe immerhin im Falle Rußland „recht behalten“. Wie denn sogar eine wissenschaftliche „Weltgeschichte der Neuzeit“ den Nationalsozialismus wenigstens außenpolitisch als Deutschlands zweiten historischen Versuch rechtfertigen will, „die Aufteilung Europas unter Asien und Amerika zu verhindern“<sup>7</sup>. Die Hinfälligkeit solcher Thesen erhellt freilich schon aus der notorischen Tatsache, daß gerade Hitler durch seine egoistisch-imperialistische Politik einer Entzweiung und Zersetzung der „abendländischen Welt“ am meisten Vorschub geleistet hat, daß er die zumal 1938 auftauchenden Möglichkeiten eines Zusammenschlusses gegen den Osten ausschlug<sup>8</sup> und so das gebotene Maß „europäischer

<sup>5</sup> Goebbels sprach am 10. 9. 36 über „Die Weltgefahr des Bolschewismus“, Rosenberg über den „entscheidenden Weltkampf“, Dokumente der deutschen Politik Bd. 4, S. 53ff., 78ff.

<sup>6</sup> Ebenda, S. 51, 52 und „Parteitag der Ehre“ (siehe Anm. 3), S. 303f. 307.

<sup>7</sup> Otto Westphal, Weltgeschichte der Neuzeit 1750–1950, Stuttgart 1953, S. 327.

<sup>8</sup> Vgl. dazu selbst den Eindruck Ribbentrops im März 1938 (Ber. an Hitler vom 10. 3. 38, Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie D, Bd. I, Baden-Baden 1950, S. 217): „Es sieht so aus, als ob Chamberlain und Halifax versuchen wollen, eine friedliche Verständigung der vier großen Mächte Europas unter Ausschluß der Sowjetunion herbeizuführen.“ Dazu Halifax' Äußerung in seiner Unterredung mit Hitler am 19. 11. 37 (ebenda S. 47) „That the Chancellor . . . had been able by preventing the entry of Communism into his own country, to bar its passage further West.“ Ferner Daladiers Bemerkung vom 22. 5. 38

Verantwortlichkeit“, um ein Bismarck-Wort zu gebrauchen, in eklatanter Weise vermissen ließ. Die bedenkenlose Zerstörung des Schutzgürtels der Randstaaten im Jahre 1939 und endlich die brutale Behandlung der Ostvölker im Rußlandkrieg selbst bezeugen vollends die Unechtheit seiner vorgeblichen Motive und selbstverkündeten „Lehren“. Und es bedarf kaum noch des Hinweises darauf, wie verhängnisvoll Hitler vor dem Ostfeldzug die „militärischen Machtmittel“ Sowjetrußlands in Wirklichkeit unterschätzte<sup>9</sup>, deren Steigerung „in rapider Schnelligkeit von Jahr zu Jahr“ er in seiner Denkschrift zum Vierjahresplan so lebhaft betont. So ist denn auch alles, was Hitler von der „unhaltbaren Lage in Europa“ sagt, über ihre Entwicklung „zur offenen Krise“ und über das Ausmaß der Katastrophe eines bolschewistischen Sieges „prophezeit“, lediglich Argument und daher unauf richtig. Es soll allein seine von der bolschewistischen Gefahr in Wirklichkeit ganz unabhängige Forderung motivieren, „in kürzester Frist die deutsche Wehrmacht... zur ersten Armee der Welt zu entwickeln“, um „für die Zukunft“ als eine „endgültige Lösung“ die „Erweiterung des Lebensraumes“ zu gewährleisten, „für den Übergang aber“ durch entsprechende wirtschaftliche Maßnahmen „eine vorübergehende Entlastung“ zu schaffen. Und zwar ist der Zweck dieser Maßnahmen: „den Krieg im Frieden vorzubereiten“.

### III.

Hitler hätte in den ersten Jahren seines Regimes eine Denkschrift wie die hier vorliegende vermutlich ganz anders formuliert. Er wäre wohl mindestens nicht so erfolgssicher und so überzeugt von der Richtigkeit der eigenen Gedanken aufgetreten, wie das im Sommer 1936 der Fall war. Man wird ihm zugestehen müssen: Er hatte Grund zum Selbstbewußtsein und einigen Anlaß, zu glauben, nichts sei ihm unmöglich und niemals werde ihm in Deutschland selbst oder vom Auslande her eine Schwierigkeit, eine Opposition entgegentreten, der er nicht gewachsen und überlegen sein würde. In der Tat: die Hoffnung, Hitler durch die Kontrolle Sachverständiger zu neutralisieren, wie Schacht sie in seinen neueren Memoiren andeutet, mußte angesichts der innen- und außenpolitischen Entwicklung immer geringer und auch immer unrealistischer werden. Und wer hätten diese Kenntnisreicherer sein sollen? Göring hatte zugegeben, daß er von der Wirtschaft nichts verstand<sup>10</sup>, und viele seiner Äußerungen in Reden vor Vertretern der Industrie

zum deutschen Botschafter in Paris (ebenda, Bd. II, Baden-Baden 1950, S. 258) über die drohende Zerstörung der europäischen Zivilisation durch einen neuen Krieg: „In die menschenleeren verödeten Kriegsgebiete würden dann Kosaken- und Mongolenhorden einziehen und Europa eine neue ‚Kultur‘ bringen.“ Schließlich die Äußerung des französischen Botschafters in Moskau, Coulondre, zum deutschen Botschafter Graf v. d. Schulenburg (Ber. vom 26. 8. 38, ebenda II, S. 503): „Ich hoffe von Herzen, daß es zu keinem deutsch-französischen Konflikt kommt. Sie wissen ebenso gut wie ich, für wen wir arbeiten, wenn wir uns in die Haare geraten.“

<sup>9</sup> Vgl. bereits H. Holldack, Was wirklich geschah. Die diplomatischen Hintergründe der deutschen Kriegspolitik, München 1949, S. 243f. mit den angeführten Belegen.

<sup>10</sup> Rede über die Aufgaben des Vierjahresplans am 28. 10. 1936 (Berlin).

bestätigen diese Selbsterkenntnis. Schacht hatte im Frühjahr 1936 seine große Balkanreise durchgeführt, damit aber auch den Zenit seiner Laufbahn im Dritten Reich erreicht und diesen, als die Auseinandersetzungen mit Göring begannen, schon überschritten. Goerdeler's Vorstellungen von den Aufgaben der Wirtschaft erscheinen – auch in der eingehenden Wiedergabe und Deutung, die sie in Gerhard Ritters kürzlich erschienenem Buche finden – unausgewogen, unpolitisch und unrealistisch. Von allen anderen Momenten abgesehen, konnte er schon deshalb in einer solchen Zeit als selbständiger Ratgeber für den Erfolgsbewußten nicht mehr in Frage kommen. Wollte Goerdeler doch dem Manne, dessen Vertrauensstellung beim Volke ganz wesentlich auf der Verringerung der Arbeitslosigkeit beruhte, empfehlen, die Rohstoffimporte aus Devisengründen zu kürzen und damit eine neue zusätzliche Arbeitslosigkeit von 2 bis  $2\frac{1}{4}$  Millionen Menschen bewußt in Kauf zu nehmen<sup>11</sup>. Blieben also als Berater die Militärs, denen der Vierjahresplan in erster Linie zugeordnet war, sofern Hitler ihnen im Sommer 1936 noch traute, vor allem ihren Rat respektierte. Verstanden sie von wirtschaftlichen Zusammenhängen mehr als die Zivilisten? Es wäre das erste Mal gewesen. Stellung und Bedeutung des Generals Thomas verdienten in diesem Zusammenhang und darüber hinaus eine eingehende Untersuchung. Auf Grund seiner Einsicht in die wirtschaftlichen Tatsachen stand er eher auf Seiten der Skeptiker und Oppositionellen<sup>12</sup>.

Wie wenig aber konnte solche Skepsis Hitler berühren, wenn seine Denkschrift im August 1936 entstand – unmittelbar nach dem Welterfolg der Olympischen Spiele! Nicht nur hatte die deutsche Jugend dabei eine unerwartet große Zahl von Siegen errungen, was für Hitler physische und moralische Überlegenheit hieß – es hatten auch viele prominente Ausländer kritisch denkenden Deutschen demonstriert, daß selbst bei ihnen moralische Ablehnung keineswegs Besuch und Verhandlung ausschloß, für Hitler ein wertvolles Faktum.

Es war Hitler weiter gelungen, die Arbeitslosigkeit praktisch zu beseitigen. Es ist hier nicht nötig, ihren Rückgang und die Absorption der Arbeitsfähigen durch die Wirtschaft, das Steigen der Gesamtlohn- und -gehaltssumme in Deutschland und – infolge des Aufhörens der 1932 weitverbreiteten Kurzarbeit<sup>13</sup> – der Löhne und Gehälter der einzelnen Arbeitnehmer, d. h. des nationalen und des individuellen Einkommens, Wohlstandes, Konsums, Spargeldbestandes usw. in diesen

<sup>11</sup> Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954, S. 78.

<sup>12</sup> Vgl. Wheeler-Bennett an vielen Stellen seines auch in deutscher Übersetzung erschienenen Buches: „The Nemesis of Power“ (London 1953), vor allem aber Thomas' eigene Dienstschriften, Aufzeichnungen und Reden – etwa die langen Ausführungen vor der Wehrmachtsakademie am 1. 11. 1937, Nürnberg Dok. EG-14 (IMT XXXVI, S. 110 f., größtenteils ungedr.).

<sup>13</sup> Ich kann mich der Argumentation und den Zahlenangaben in Ritters „Goerdeler“, S. 68 f., nicht ganz anschließen. Die Angaben des Statistischen Jahrbuches des Deutschen Reiches sind für jene Jahre bisher noch nicht als unzuverlässig und politisiert bestritten worden. Diesen zufolge gab es am Tage der Machtergreifung 6014000 bei den deutschen Arbeitsämtern gezählte Voll-Arbeitslose außer den vielen Kurzarbeit Leistenden. Goerdeler beachtete offenbar, die 1934 drohende Zunahme der Arbeitslosigkeit um 2 Millionen im Jahre

3 $\frac{1}{2}$  Jahren zu verfolgen: das Bild, das sich Hitler bot, war ohne Zweifel befriedigend. Eine große Leistung schien vollbracht zu sein.

Hitler schrieb diese Denkschrift – das ist beachtenswert – zu einem Zeitpunkt, da es noch keinen Mangel an Arbeitskräften in Deutschland gab, wenngleich sich bereits 1935 in der Landwirtschaft und in einigen Industriezweigen ein Mangel an Facharbeitern bemerkbar gemacht hatte. Wenige Monate später hätte er bei der Konzeption eines so umfangreichen Planes die Zahl der zur Verwirklichung nötigen Arbeitskräfte bedenken müssen. Im Sommer 1936 gab es ein solches Problem nicht. Die Möglichkeit, daß ein Wirtschafts-, ein Rüstungsvorhaben aus Mangel an Arbeitern oder Material (wie Stahl oder Zement) scheitern könnte, bestand noch nicht, mochten auch die Lieferzeiten der Industrien vielfach schon recht lang geworden sein und in Anbetracht der ungenügenden Versorgung mit Kautschuk und unedlen Metallen sowie der Devisenverknappung so beunruhigende Briefe von seiten der Industrie geschrieben werden, daß Göring im Ministerrat vom 4. September 1936 sehr temperamentvoll darauf einging<sup>14</sup>. Hitler hatte die Grenzen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit noch nicht erreicht und noch nicht erkannt. Einstweilen lebte er im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten.

Es empfiehlt sich, kurz zu bedenken, auf welche außen-, innen- und wirtschaftspolitische Erfolge und Scheinerfolge Hitler im Sommer 1936 zurückblicken konnte. Schacht war Reichsbankpräsident und Wirtschaftsminister geworden und hatte nicht allein manche Rede im Sinne des neuen Regimes gehalten, sondern auch im In- und Auslande mit der Autorität seines Namens das Ansehen des Regimes gestärkt. Die Judenverfolgung hatte seit dem ersten Aufruf vom 28. März 1933 über die Nürnberger Gesetze vom 15. 9. 1935 hinweg trotz vieler materieller Einbußen – die anderen zählten bei Hitler kaum – genau so wie der Einmarsch ins Rheinland, der Aufbau der neuen Wehrmacht, die Gründung der deutschen Luftwaffe, der Austritt aus dem Völkerbund, die Kündigung des Locarno-Vertrages und schließlich Italiens Krieg gegen Abessinien bewiesen, daß man der Welt, die gegenüber Deutschland kein ganz reines Gewissen hatte, gefahrlos weit mehr an Unrecht und Herausforderung bieten konnte, als gewöhnlich angenommen wurde. Daß die „Wiederherstellung der vollen Souveränität“ in der entmilitarisierten Zone die militärpolitische Situation verbessert hatte, ist bei der Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses am 14. 5. 1936 (Nürnberg Dok. EG-407) ausdrücklich hervorgehoben worden. Es kann als wahrscheinlich angesehen werden, daß diese Tatsache Hitler zu Überlegungen im Sinne stärkerer wirtschaftlicher Planung neben der militärischen angetrieben hat. Gewiß ist, daß man in der gleichen Sitzung beschloß, festzustellen, welche Maßnahmen Italien als Entgegnung auf die Sanktionen vorsah. Die Zwangslage Mussolinis legte Hitler zweifellos nahe, sich Gedanken über

1936 bewußt und absichtlich neu herbeizuführen (siehe oben); im übrigen vgl. zu diesem Komplex Rudolf Stucken: *Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914–1933*, 2. Auflage, Tübingen 1953, S. 124.

<sup>14</sup> Dok. EG 416 (Vgl. Anm. 1).

die Situation Deutschlands in einem ähnlichen Falle zu machen<sup>15</sup>. Deutschlands ausländische Gläubiger waren sehr schlecht behandelt, mit mehreren Staaten waren Devisen- und Handelsabkommen geschlossen worden. Die Wiedereingliederung des Saargebiets in das Reich war nicht allein ein großer moralischer Erfolg, sondern auch ein beachtlicher wirtschaftlicher Gewinn, den es einzuordnen und auszunutzen galt. Der deutsch-englische Flottenvertrag war abgeschlossen und damit die deutsche Aufrüstung von England der Sache nach anerkannt. Das Kolonialproblem und die Sudetenfrage waren immerhin angerührt worden.

Damit waren zum ersten Male auch außenpolitische Fragen aufgeworfen, Territorialfragen, die erfahrungsgemäß am ehesten zu kriegerischen Verwicklungen führen konnten.

Und Hitler ahnte zugleich, daß allen seinen Erfolgen und Scheinerfolgen zum Trotz in Deutschland eine wenn nicht große, so doch intellektuell bedeutende Gruppe von Menschen existierte, die ihm nach wie vor mißtraute. Ihnen fehlte jener Optimismus, als dessen „Trägerin“ er auf dem „Parteitag der Ehre“ im September 1936 seine Partei bezeichnete und lobte. „Wehe dem, der nicht glaubt“, rief er dort – und meinte den Glauben an ihn selbst. „Dieser versündigt sich am Sinn des ganzen Lebens. Er ist zu allem unnütz, und sein Dasein wird nur zu einer wahren Belastung seines Volkes.“ Die „Ungläubigen“ konnten damals noch nicht voll ermessen, wie blutig ernst diese Auffassung einmal in die Wirklichkeit umgesetzt werden würde. Hitler fuhr fort: „Ich habe im Laufe meines politischen Ringens . . . besonders aus bürgerlichen Kreisen diese traurigen Pessimisten kennengelernt, die in ihrer armseligen Verfassung zu jedem Glauben unfähig und damit zu rettender Tat unbrauchbar waren. Und ich erlebe sie auch heute vielfach noch.“ Die so revolutionär Apostrophierten mochten sich an Wilhelm II. erinnert fühlen, wenn sie hörten: „... was hat Deutschland nun gerettet? Ist es der Pessimismus einiger kleiner Nörgler, dieser erbärmlichen Zweifler, dieser stets verzagten Schwarzseher gewesen?“ Natürlich war es in Hitlers Augen „das Wunder des Glaubens, das Deutschland gerettet“ hatte.

Doch dieser Glaube fehlte nicht nur im allgemeinen in den von Hitler angegriffenen „bürgerlichen Kreisen“, sondern gerade auch bei nicht wenigen Unternehmern. In der bereits erwähnten Ministerratssitzung vom 4. 9. 1936 sprach Göring ausdrücklich von „neuer Unruhe“ unter diesen, nachdem drei Tage zuvor schriftlich „festgelegt“ worden war, „daß irgendwelche Unruhe vor dem Parteitag vermieden werden mußte“. Goerdelers von Hitler angeforderte Denkschrift war in Görings Augen verständlicherweise „völlig unbrauchbar“ und neben dem „Vorschlag wesentlicher Rüstungseinschränkung“ voll von „vielen anderen ab-

<sup>15</sup> In den „Vierteljahrsheften zur Konjunkturforschung“ 10/1936 Heft 4, S. 442 heißt es zu diesem Problem: „Wahrscheinlich . . . ist (in Italien) eine starke weitere Verknappung ausländischer Waren und Rohstoffe eingetreten, die das durch den Kriegsbedarf gestützte Produktions- und Beschäftigungsniveau zwar noch nicht berührt zu haben scheint, aber die allgemeine Lebenshaltung offenbar weiter herabgedrückt hat.“ – Das waren genau die Verhältnisse, die Hitler einkalkulieren mußte.

wegigen Gedanken“. Weit wichtiger aber als Goerdeler enttäuschende Vorschläge mußte die Tatsache erscheinen, daß Goerdeler damals als Repräsentant bestimmter nicht unbedeutender Wirtschaftskreise angesehen werden durfte. Dem großen Erfolg Hitlers auf der einen Seite stand also ein immer noch nicht preisgegebenes Mißtrauen auf der anderen gegenüber. Kein Wunder, daß Hitler in seiner Denkschrift so heftig reagierte!

## IV.

Die Entstehungsgeschichte des zweiten Vierjahresplanes ist noch nicht geschrieben. Der ehemalige General Thomas hat in seinen ungedruckten „Grundlagen für eine Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft“ darauf aufmerksam gemacht, daß zuerst im Juli 1935 die „Grundsätze über die Arbeitsteilung zwischen Wehrwirtschaftsorganisation und der Organisation des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft“ aufgestellt wurden. Hitler hat, als er Speer während des Krieges eine Abschrift seiner Denkschrift überreichte, bemerkt, der „Unverstand des Reichswirtschaftsministeriums (lies: Schacht) und der Widerstand der deutschen Wirtschaft gegen alle großzügigen Pläne“ hätten ihn zu diesem Exposé veranlaßt<sup>16</sup>. Thomas schreibt, man habe „gerade in den großen Industriekonzernen die Feststellung machen“ können, „daß bis 1933 eine Mitarbeit dieser Konzerne an den Aufrüstungsaufgaben sehr unwillig erfolgte, teilweise sogar noch abgelehnt wurde“. So wurde denn, wie Thomas hervorhebt, „der Wirtschaft zunächst klargemacht, daß die Wehrwirtschaft keine Rückkehr zur Kriegswirtschaft oder ein Hinsteuern auf eine Planwirtschaft bedeutet, sondern, daß die Wehrwirtschaft eine Umstellung des wirtschaftlichen Denkens und Handelns auf den Gedanken der Landesverteidigung fordert . . .“<sup>17</sup>. Nach den Erfahrungen aber, die man bisher mit dem Nationalsozialismus gemacht hatte, durfte angenommen werden, daß Hitler entschlossen war, auch weiterzugehen, wenn es nötig erschien. Der instinktive Verdacht war daher weder unverständlich noch unberechtigt.

Ob man „der Wirtschaft“ jene Gedankengänge wirklich hat „klarmachen“ können, ob sie angesichts der gerade in der ersten Zeit nach der „Machtergreifung“ verbreiteten und propagierten Autarkie-Ideologie und der maß- und sinnlosen Angriffe auf die Unternehmer nicht vielmehr weiterhin erhebliche Vorbehalte auch gegen die nationalsozialistische Form der Wehrwirtschafts-Auffassung machte, sei dahingestellt. Da es aber 1933/35 genug Arbeiter, Maschinen und Rohstoffe gab, „liefen (Thomas zufolge) die Beschaffungsprogramme der Wehrmachtsteile im Großen planmäßig an“. Im Jahre 1935 aber setzten das Durcheinander und die ständige Steigerung der Aufträge ein und bereiteten manche Schwierigkeiten: „Die mili-

<sup>16</sup> Ritter hat vielleicht in Hitlers Ausführungen allzu geradlinig eine klare Wendung in erster Linie gegen Goerdeler sehen wollen. Mir scheinen sie sich doch stärker gegen Schacht zu richten, von dem Hitler stets sehr viel mehr gehalten und der ihn daher auch sehr viel tiefer enttäuscht hatte.

<sup>17</sup> Nürnberg Dok. PS 2353 (Teilabdruck: IMT XXX, S. 259 ff.).

tärischen Forderungen mußten von Tag zu Tag höher getrieben werden; sie haben die deutsche Wirtschaft dazu erzogen, zu neuen Fertigungsverfahren überzugehen, Hochleistungsmaschinen zu bauen, neue Schneide- und Schweißverfahren anzuwenden und sonstige Verbesserungen in der Fertigungstechnik vorzunehmen“ (Thomas). Zusammenfassend schreibt Thomas wohl etwas zu günstig, aber im ganzen richtig: „Das vom Führer auf Vorschlag des Reichskriegsministers angeordnete Rüstungsprogramm der drei Wehrmachtsteile konnte dank der ausgezeichneten Leistung der deutschen Wirtschaft und der tatkräftigen Arbeit der Dienststellen der Wehrmacht bis Ende 1936 planmäßig durchgeführt werden.“

Inzwischen hatte Hitler auf dem Parteitag im September 1935 die Produktion eigener Werkstoffe – er nannte Benzin, Faserstoffe und künstlichen Kautschuk – mit dem Ziel der Unabhängigkeit vom Import angekündigt. Und der Reichspressechef der NSDAP Dr. Dietrich hatte am 28. 1. 1936 auf einer Kundgebung der Deutschen Arbeitsfront in Essen über „Das Wirtschaftsdenken im Dritten Reich“ Gesichtspunkte geäußert, die später in Hitlers Denkschrift wieder zum Ausdruck kamen. Dietrichs Vortrag erging sich in einer Reihe von Variationen über das Thema „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“. Doch hieß es auch: „Wir setzen dem persönlichen Erfolgsstreben im Wirtschaftsleben nur diejenigen gemeinnützigen Grenzen, die für das Ganze unerlässlich sind und die letzten Endes auf dem Wege über die Gemeinschaft den Interessen jedes Einzelnen selbst wieder dienen.“ Weiter umschrieb Dietrich die wirtschaftlichen Grundsätze eines „Sozialismus der Hilfsbereitschaft und der Leistung auf der Grundlage der nationalen Gemeinschaft“. Er kam aber auch auf konkretere Fragen, wie z. B. auf die angestrebte Gewinnung der „Brotfreiheit“ und der „wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Nation“ zu sprechen, „die wir durch die grundlegende Neugestaltung unserer Volkswirtschaft gewinnen wollen und gewinnen werden“. Jedoch: von der Erfindung notwendiger Ersatzrohstoffe bis zu ihrer wirtschaftlichen Großherstellung bedürfe es einer gewissen Zeit. Bei alledem gehe Hitler wie immer „mit der Sicherheit seines intuitiven Könnens“ voran. Die private Wirtschaft aufzufordern, seiner Initiative zu folgen, heiße letzten Endes nichts anderes, als den Spürsinn des Kapitals auf die richtige wirtschaftliche Fährte zu lenken. – Ob in dieser Rede Dietrichs die erste Andeutung des Vierjahresplans zu sehen ist, steht nicht fest – möglich ist es.

Ein Vierteljahr später, am 27. April, wurde amtlich mitgeteilt, daß Hitler den preußischen Ministerpräsidenten und Generaloberst Göring zur obersten koordinierenden Instanz in allen Rohstoff- und Devisenfragen für Staat und Partei ernannt hatte. Damit war ein Grund für das Zerwürfnis Schachts mit Göring und schließlich mit Hitler gelegt; es war auch der erste Schritt zu Görings beherrschender Stellung im zweiten Vierjahresplan getan, nachdem Hitler wohl schon früher durch Kepplers Klagen gegen Schacht mißtrauisch gemacht worden war<sup>18</sup>. Den Abschluß bildeten

<sup>18</sup> Einzelheiten darüber werden sich in einer durch Herrn cand. phil. Gerhard Meinck in Göttingen vorbereiteten Dissertation über „Die Amtszeit des Reichskriegsministers v. Blomberg“ finden.

Schachts Brief an Göring vom 2. 4. 1937 und die gemeinsame Erklärung beider am 7. 7. 1937<sup>19</sup>.

Wieder einen Monat später, am 26. 5. 1936, fand eine Sitzung des „Gutachter-Ausschusses für Rohstofffragen“<sup>20</sup> statt, in der Ministerialdirektor Ruelberg hervorhob, daß die Rohstoffbestände auf den Bedarf von ein bis zwei Monaten zusammengeschrumpft seien gegenüber Vorräten für fünf bis sechs Monate Anfang 1934. Der Baumwollbestand reiche sogar nur für zwei Wochen; für eine Steigerung der Einfuhr aus der USA fehle es an Devisen – sie müsse vielmehr auf ein Viertel der bisherigen Menge herabgesetzt und durch Importe aus Verrechnungsländern ersetzt werden. Auch dann sei der augenblickliche Bedarf nur zu 80 % gedeckt.

Die Treibstoffvorräte hatten ihren Stand vom 31. 12. 1934 gehalten, doch war der Verbrauch so stark gewachsen, daß die Vorräte bei leichten Treibstoffen nur für etwa 9, bei Dieselöl für 6, bei Heizöl für 5 Wochen, bei Schmierölen für 9 Monate reichten. Allerdings schätzte man, daß die Inlandserzeugung leichter Treibstoffe 1936 den Bedarf zu 50, 1937 zu 62 % decken würde – falls dieser nicht steige. Bei Dieselöl machte die deutsche Produktion nur 9,5 % des Bedarfs aus. Man hoffte, daß man ab 1937 in der Lage sein würde, mit der Inlandserzeugung den gesamten Bedarf an Qualitätsbenzin und Schwerbenzin zu decken. Auf eine Frage Görings antwortete Ruelberg, die Steigerung der Produktion sei nur noch sehr langsam möglich. Der Ausbau der Schwelereien erfolge nur zögernd, da alle diese Bereiche noch sehr in der Entwicklung begriffen seien. Göring bemerkte, das augenblickliche System werde sich doch vermutlich ausbauen lassen, um die Produktion zu steigern. Halte man, so fragte er, im allgemeinen eine wesentliche Steigerung für möglich? 9,5 % Dieselölerzeugung sei viel zuwenig und eine Steigerung unbedingt nötig. Ruelberg wich in technische Erläuterungen aus und bemerkte schließlich ganz klar, daß man zu einer wesentlichen Produktionssteigerung nicht kommen werde, bevor nicht für die Dieselöl-Gewinnung das Uhde- und das Pottverfahren in Anwendung seien; man plane für beide Produktionsanlagen zu jährlich 50 000 t. Als man auf das Verhältnis von Bedarf, Inlandserzeugung, Importnotwendigkeit und Devisenmenge zu sprechen kam, erklärte Schacht, daß zur Deckung des Devisenbedarfs eine Ausfuhrsteigerung um 25 % nötig sein würde. Man dürfe jedoch nicht mehr als 10 % erwarten. Ruelberg wies mit dem Vergleich von Zahlen auf die Bedeutung dieser Erklärung hin und errechnete einen erheblichen ungedeckten Devisenbedarf. Zum Schluß betonte Göring, das Tempo der Aufrüstung dürfe unter keinen Umständen beeinträchtigt werden: Demgegenüber müßten auch die Werksinteressen der Wirtschaft zurücktreten, an deren Idealismus er appelliere. Die Schaffung der Wehrfreiheit stehe über allem, das Schicksal des einzelnen Werkes sei zunächst gleichgültig.

An dieser Sitzung ist zweierlei interessant: erstens war man wirtschaftlich an einem Punkt angelangt, über den hinaus unter normalen Verhältnissen nur lang-

<sup>19</sup> IMT XXXVI, S. 232 ff. u. 379.

<sup>20</sup> Nürnberg Dok. NI-5380 (ungedr.).

sam eine Steigerung möglich schien; zweitens vertrat Göring in seinen Schlußsätzen Auffassungen und benutzte Formulierungen, die genau denen in Hitlers Denkschrift entsprachen. Göring befand sich deutlich auf dem gleichen Wege wie Hitler – Schacht ebenso deutlich nicht.

Im August 1936 schrieb Hitler seine Denkschrift. In Schachts Memoiren heißt es, Hitler habe ihn „wenige Tage vor der Eröffnung des Parteitages im September 1936 benachrichtigt“, er werde dort ein neues Wirtschaftsprogramm verkünden. Auf Einzelheiten sei er nicht eingegangen. „Mir schwante sogleich Unheil, und ich versuchte, den Kriegsminister Blomberg einzuschalten. Er wäre der einzige von allen Ministern gewesen, auf den Hitler vielleicht gehört hätte“<sup>21</sup>. Am 2. September notierte Thomas<sup>22</sup>: „Präsident Schacht rief mich heute 13.00 Uhr zu sich und bat mich, dem Herrn Kriegsminister folgendes zu übermitteln: Sch. sei mit den schwersten Sorgen vom Führer zurückgekehrt, da er dem vom Führer geplanten Wirtschaftsprogramm nicht zustimmen könne.“ Hitler wolle nämlich auf dem Parteitag zum Ausdruck bringen, daß wir uns jetzt mit aller Energie durch Inlands-erzeugung vom Ausland freimachen müßten. Gewiß werde er damit bei den Massen in Nürnberg großen Beifall finden; andererseits jedoch die gesamte Handelspolitik zum Scheitern bringen. In unserer Notlage, fuhr Schacht fort, gebe es nur eines, die Exportförderung. Jede Drohung gegen das Ausland erziele aber die gegenteilige Wirkung. „Es muß dem Führer immer wieder gesagt werden, daß wir mit den deutschen Werkstoffen noch nicht so weit sind. Auf dem Treibstoffgebiet haben wir Rückschläge, auf dem Gummigebiet gibt es nicht vor Mitte nächsten Jahres größere Mengen. Das Renn-Verfahren auf dem Erzgebiet macht große Schwierigkeiten. Wenn wir jetzt unseren Entschluß, uns wirtschaftlich selbständig zu machen, erneut nach außen hinauswerfen, drücken wir uns selbst die Gurgel zu, denn wir können die notwendige Übergangszeit nicht mehr durchhalten. Außerdem sei immer wieder darauf hinzuweisen, daß deutsche Werkstoffe vorläufig viel zu teuer sind, um im Export verwandt zu werden, und der Export allein ermöglicht die weitere Rüstung.“ Vor allem aber: „Wenn die Ernährungsgrundlage des Volkes nicht gefährdet werden solle, müsse der Führer von seinem Plan Abstand nehmen.“ – Schacht ließ Blomberg dazu die inständige Bitte übermitteln, Hitler vor dem in Nürnberg geplanten Schritt zu warnen. Indes offenbar ohne Erfolg. Bei einer unmittelbaren Aussprache soll Blomberg gesagt haben: „Ich sehe völlig ein, Herr Schacht, daß Sie recht haben; aber wissen Sie, ich bin der festen Überzeugung, daß der Führer schon einen Ausweg aus allen Schwierigkeiten finden wird.“

Am 4. September 1936 fand dann ein Ministerrat statt, über den ein Protokoll des ehemaligen Oberstleutnants Loeb vorliegt<sup>23</sup>. Darin heißt es:

„Von einzelnen Persönlichkeiten sind Denkschriften über die grundsätzliche Wirtschaftsführung eingefordert worden. Bisher wurde nur vorgelegt die des Dr.

<sup>21</sup> H. Schacht: 76 Jahre meines Lebens, Wörishofen 1953, S. 464.

<sup>22</sup> Nürnberg Dok. 1301-PS (IMT XXVII, S. 122 ff.).

<sup>23</sup> Nürnberg Dok. EC 416 (Vgl. Anm. 1).

Goerdeler, die völlig unbrauchbar ist. Neben vielen anderen abwegigen Gedanken enthält sie den Vorschlag wesentlicher Rüstungseinschränkung<sup>24</sup>.

Demgegenüber ist festzustellen, daß die Vollmacht des Herrn Generaloberst sich bezieht auf Sicherstellung der Rüstung, die eher zu beschleunigen als abzubauen ist. „Hitler habe Göring und Blomberg eine Denkschrift gegeben, die die Generalanweisung für die Durchführung darstellt. „Sie geht von dem Grundgedanken aus, daß die Auseinandersetzung mit Rußland unvermeidbar ist. Was die Russen geleistet haben, können wir auch leisten.“

Hierauf verlas Göring die Denkschrift<sup>25</sup> und bemerkte schließlich, für die Durchführung der in der Denkschrift gestellten Aufgaben sei er selbst verantwortlich. „Alle Maßnahmen haben so zu erfolgen, als ob wir uns im Stadium der drohenden Kriegsgefahr befänden.“

## V.

Der wesentliche Teil der Denkschrift beginnt auf Seite 5 des Originals<sup>26</sup> mit dem Blick auf „die wirtschaftliche Lage Deutschlands“, wobei eindeutig gesagt wird, die Wirtschaft habe „nur diesen einen Zweck“, nämlich „die Lebensbehaftung unseres Volkes und Reiches zu ermöglichen“. Aber bereits die erste der Thesen über die „wirtschaftliche Lage Deutschlands“ ist unklar und mißverständlich. Meint Hitler tatsächlich nur die Versorgung mit Lebensmitteln, oder umschließt die „eigene Grundlage“ auch die Industrie, deren Exportleistungen seit Jahrzehnten die Ernährung Deutschlands so gut ermöglicht hatten, daß der Lebensstandard ständig gestiegen und von dem der anderen westeuropäischen Völker nicht wesentlich verschieden war? Die Rechnung, daß die „Ernährungsgrundlage“ zur Zeit der großen Arbeitslosigkeit günstiger gewesen sei, ist so gauklerisch primitiv, daß man sich nur wundern kann, sie in einer internen Denkschrift und nicht bloß in einer Volksrede zu finden. Erwerbstätige besitzen ja Erwerbslosen gegenüber nicht nur gesteigerte Kaufkraft, sondern die Löhne und Gehälter werden auf Grund vorliegender

<sup>24</sup> Es war „die letzte Ausarbeitung, die Goerdeler im Auftrage der Hitlerregierung angefertigt hat“. Sie zog ihm „die Ungnade der Machthaber“ zu. Ritter hat für sein Buch über Goerdeler nur die 2. Fassung vom 17. 9. 36 einsehen können. Sie „bietet alles auf, was dem Verfasser an Argumenten zur Verfügung steht, um in einem eindringlichen Appell eine Änderung des wirtschaftspolitischen Kurses der Reichsregierung zu erreichen“ (Ritter, S. 76 ff.). Sie empfahl energisch Markabwertung im Anschluß an die im Februar vollzogene Dollarabwertung, fand nur begrenzte Anerkennung für Schachts Außenhandelspolitik und wandte sich gegen Schuldenwirtschaft, „falsche Autarkiebestrebungen“ und „Illusionen über die wirtschaftliche Chance der sogenannten Ersatzstoffe“ (Ritter). Nach Ritters Darstellung „ist kein Zweifel, daß Hitler selbst die kurze Fassung dieser Denkschrift ebenso wie Göring gelesen hat.“

<sup>25</sup> Aus dem Protokoll geht nicht hervor, ob er dabei größere oder kleinere Partien ausgelassen hat. Herr Dr. Schacht bemerkt jedoch in einem Brief vom 10. 9. 1953 an den Herausgeber dieser Zeitschrift, Göring habe „uns aus dieser Denkschrift einige harmlose Sätze in einer kleinen Besprechung vorgelesen, an der von Ministern meines Wissens nur Krosigk und ich teilgenommen haben. Alle gegen mich bzw. gegen mein Ministerium gerichteten Stellen der Denkschrift hat Göring sorgfältig übergangen.“

<sup>26</sup> Vgl. unten S. 206.

Leistungen gezahlt. Wenn nun Hitler betont, der Nationalsozialismus habe den Millionen Arbeitslosen wieder Arbeit gegeben und durch Löhne und Gehälter ihren Lebensstandard gehoben, so war damit auch eine entsprechende Arbeitssteigerung verbunden. Die Frage muß also heißen, ob diese Mehrleistung gegenüber früheren Jahren produktiver oder nicht produktiver Natur war?

Hitler aber wirft diese Frage nicht auf, sondern stellt kurzerhand die Forderung, „jene Maßnahmen zu treffen, die für die Zukunft eine endgültige Lösung, für den Übergang eine vorübergehende Entlastung bringen“ können, wobei die endgültige Lösung „in einer Erweiterung des Lebensraumes, bzw. der Rohstoff- und Ernährungsbasis unseres Volkes“ liegt. „Es ist die Aufgabe der politischen Führung, diese Frage dereinst zu lösen.“ Angesichts dieser Sätze, die ja durch viele ähnliche Formulierungen bestätigt werden und ganz unmißverständlich sind, kommt den verschiedenen heute im Gange befindlichen Diskussionen um die Frage, ob Hitler zu diesem oder jenem Zeitpunkt entschlossen oder bereit war, einen Krieg zu führen, nur noch sekundäre Bedeutung zu. Denn er wollte einen Expansionskrieg, da er nicht annehmen konnte, daß Polen und Rußland den „Lebensraum“ – zu dem Kolonien nicht gehörten – freiwillig hergeben würden.

Da für ihn die Aufrüstung an erster Stelle stand und diese jedes Mehraufkommen von Devisen verschlang, gab Hitler hier im Gegensatz zu seinen Ausführungen auf dem Parteitag offen zu, daß für die Steigerung des Lebensstandards Devisen niemals bereitgestellt werden würden. Hier liegt denn auch die Erklärung für die oben erwähnte Rechnung: was immer auch mehr geleistet wurde, sollte der Rüstung zufließen. Ebenso war Hitler im Rahmen seiner Terminierung des zweiten „Vierjahresplanes“ nicht bereit, irgendwelche Vorratsbildung vorzunehmen und zu finanzieren.

Auch die Begründung, die Hitler hier anführt, und zwar in Form eines heftigen Angriffs auf den Verstand Ungenannter – es handelt sich außer um Schachts auch um Goerdeler's Empfehlungen –, geht an der Sache wahrscheinlich völlig vorbei. Vermutlich ist ihm nicht einfach empfohlen worden, keine Munition zu produzieren, sondern außer Munition auch Rohstoffe zu lagern. Andererseits ist vielleicht auch die Frage berührt worden, ob es im Jahre 1935/36, mitten in der Neubewaffnung der Wehrmacht mit Schußwaffen, die möglicherweise schnell veraltet sein würden, klug war, für diese ein Maximum an Munition herzustellen. Übrigens ist trotz Hitlers heftiger Worte in dieser Denkschrift der Munitionsbestand drei Jahre später bei Kriegsausbruch erstaunlich gering gewesen. An der vom OKH geforderten Viermonatsbevorratung fehlten, Thomas' Aufzeichnungen zufolge, jeweils zwischen 45 und 95 %<sup>27</sup>.

<sup>27</sup> Es fehlten im einzelnen bei: Pistolenpatronen etwa 70 %; Infanteriepatronen etwa 60 %; 2 cm Flak etwa 70 %; 2 cm KWK etwa 95 %; leichten Granatwerfern etwa 88 %; schweren Granatwerfern etwa 90 %; leichtem Feldgeschütz 18 etwa 75 %; schwerem Feldgeschütz 35 etwa 65 %; Gebirgskanonen etwa 85 %; leichten Feldhaubitzen etwa 60 %; schweren Feldhaubitzen etwa 45 %; schwerster Artilleriemunition etwa 75 %. – Bei der Kriegsmarine nannte Thomas die Ausrüstung bei Kriegsausbruch vollständig, was den Tatsachen kaum entsprechen haben dürfte, bei der Luftwaffe reichte der Bombenvorrat für 3 Monate.

Die Polemik auf Seite 8 des Originals<sup>28</sup> richtet sich zweifellos wiederum vor allem gegen Schacht. Aber niemals ist von diesem behauptet worden, Deutschland sei „im Jahre 1914 mit wohlvorbereiteten Rohstoffmengen in den Krieg gezogen“. Schacht hat nur verschiedentlich darauf hingewiesen, daß die Buna-Fabrikate für den Weltmarkt viel zu teuer seien und daß Deutschland 1914 mit einem Gold- und Devisenbestand von etwa 7–8 Milliarden in den Krieg gegangen sei<sup>29</sup> – gegenüber einem Bestand von etwa 1 Milliarde im Jahre 1936. Hitler verdrehte solche Einwände und nannte sie dann einfach „Lügen“. Auch glaubte im Jahre 1936 niemand mehr, daß es Deutschland möglich sei, für einen Krieg, der ein Jahr oder länger dauern würde, „die Rohstoffmengen . . . vorher bereitzulegen“. Gleichwohl war es ein großer Unterschied, ob ein Staat mit bemerkenswerten Rohstoffvorräten einen Krieg begann oder ohne solche. Andererseits: was Hitler im letzten Satz dieses Abschnittes von der Unmöglichkeit einer ausreichenden Lagerung von Rohstoffen für einen längeren Krieg sagte, traf natürlich ebenso auf Munitions- und Waffenvorräte zu. Das aber vermochte er nicht anzuerkennen. Wollte er überhaupt dieses Kriegsgerät, wenn es einmal erzeugt war, lagern? Offensichtlich wollte er ebensowenig Devisen für einen etwaigen Krieg „sparen“; er wollte sie vielmehr sofort in „Abwehrfähigkeit“ verwandeln.

Diesen allgemeinen Bemerkungen, die Hitlers Ziel klar genug erkennen lassen, folgt dann das eigentliche „Programm“. Und hier wird nun auch offen von der wirtschaftlichen Aufrüstung gesprochen, die neben der militärischen und politischen „im selben Tempo, mit der gleichen Entschlossenheit und, wenn nötig, auch mit der gleichen Rücksichtslosigkeit“ betrieben werden soll.

Diese wirtschaftliche Aufrüstung soll – entsprechend den Konferenzen und Verhandlungen, die wir kennengelernt haben – vor allem im Bereich der Treibstoffversorgung (Hitler sagt Brennstoff) betrieben werden, die im Laufe von 1½ Jahren „zum restlosen Abschluß zu bringen“ sei. Infolge der unzulänglichen Formulierung bleibt unklar, was Hitler unter „Abschluß“ nun wirklich meint – wahrscheinlich die völlige Selbstversorgung. Auf jeden Fall soll die Aufgabe „mit derselben Entschlossenheit wie die Führung eines Krieges“ angefaßt werden, da von ihrer Bewältigung „die kommende Kriegsführung“, der Hitler hier also mit Gewißheit entgegenseht, abhängen. Der zweite Punkt betrifft die Versorgung mit Kautschuk. Im Jahre 1936 war „die Behauptung, daß die Verfahren vielleicht noch nicht gänzlich geklärt seien“, gewiß keine „Ausflucht“ der Wirtschaft, der man einfach „Schweigen“ kommandieren konnte. Eine Beschäftigung mit der Entwicklung der deutschen Gummiindustrie<sup>30</sup> zeigt vielmehr, daß man sich 1936 – ganz abgesehen

<sup>28</sup> Vgl. unten S. 207.

<sup>29</sup> Ich verdanke auch diesen Hinweis Herrn Meinck, der in seiner Dissertation von einem ganz anderen Ausgangspunkt her u. a. zu dem Ergebnis kommt, daß die hier edierte Denkschrift Ausdruck von Hitlers Kriegswillen sei.

<sup>30</sup> Vgl. Wilhelm Treue: *Gummi in Deutschland. Die deutsche Kautschukversorgung und Gummiindustrie im Rahmen weltwirtschaftlicher Entwicklungen*, München 1955 (Kap. VII u. VIII).

von der Kostenfrage, die damals bei Unternehmern mit Verantwortungsbewußtsein immerhin noch eine Rolle spielte – noch mitten in der Entwicklung befand und ohne erhebliche Beimischung von Naturkautschuk gar nicht auskam. Erst nachdem sehr komplizierte Maschinerien entwickelt, hergestellt und ausprobiert worden waren, befand man sich – seit 1943 – in der Lage, bemerkenswerte Mengen von Buna ohne eine solche Beimischung zu produzieren.

Hier aber zeigt sich auch, wie wenig Hitler von der Wirtschaft und ihrer Struktur eigentlich versteht! Er war, wie seine Gedankengänge und Formulierungen bezeugen, außerstande, auch nur den allgemeineren Teil eines Reichsbank-Verwaltungsberichtes zu verstehen – was gewiß kein angenehmer Gedanke für den Präsidenten dieses Institutes sein konnte. Seine Vorstellungswelt erschöpft sich im Bereich der „neuen Armee“; da stehen ihm Wörter wie Aufbau, Schlagkraft usw. in reicher Auswahl zur Verfügung. Muß er sich gedanklich-sprachlich mit Wirtschaftsfragen auseinandersetzen, dann kommt es sogleich zu grotesken Postulaten, die an die „Brechung der Zinsknechtschaft“ und ähnliches erinnern. Wenn Hitler im Jahre 1936 in einer Denkschrift für den engsten, höchsten, verantwortungsreichsten Kreis der Gefolgsleute schreibt: „Das Volk lebt nicht für die Wirtschaft oder für die Wirtschaftsführer, Wirtschafts- oder Finanztheorien...“, so zeigt dies, daß er noch immer von den billigsten und ältesten Gemeinplätzen seiner Partei-„Fachleute“ lebte.

Nachdem Hitler seinem Haß gegen „einzelne Herren“ – gemeint sind wohl Schacht und Industrielle – und deren Interessen freien Lauf gelassen hat, zeigt er im gleichen Bereich, daß er überhaupt nicht weiß, was „Privatwirtschaft“ bedeutet. Begriff und Sphäre des „Privaten“ und der „Freiheit“ mit der Mischung von individuellem Recht und selbstgesetzter Verantwortung vor der Gemeinschaft, das Räderwerk der nicht polizeilich gelenkten freien Konkurrenz, der nicht diktatorisch befohlenen, sondern aus Angebot und Nachfrage sich ergebenden Marktordnung mit der Mischung von Volks- und Weltwirtschaft, ist ihm grundsätzlich und ein für allemal unzugänglich. Zwischen Privat und Ungeordnet, zwischen Freiheit und Chaos gab es für ihn letztlich keinen Unterschied. Niemals kann er darüber nachgedacht haben, daß die großartigen wirtschaftlichen und technisch-industriellen Leistungen des 19. und 20. Jahrhunderts aus jenem Bereich der Freiheit stammten und daß noch die Entwicklung der Kunststoffe des zweiten Vierjahresplans, die Erfindung von Kunstkautschuk und künstlichem Benzin, der freien und „privaten“ Forschung zu verdanken waren. Aus dieser Unfähigkeit, Privatwirtschaft zu „verstehen“, ergeben sich dann die grotesken Formulierungen der Denkschrift. Er weist der „Privatwirtschaft“ die Aufgabe zu, „sich den Kopf über die Produktionsmethoden zu zerbrechen“, untersagt dem Wirtschaftsministerium, sich um derartige Fragen zu kümmern, und befiehlt zugleich, daß die „Ausflüchte“ der Privatindustrie „von jetzt ab zu schweigen“ hätten. Das Wirtschaftsministerium habe, so heißt es an einer anderen Stelle, „Aufgaben zu stellen, und die Privatindustrie hat sie zu erfüllen“ – der „Wirtschaftler“, dem Hitler den Untergang androht, wenn er „die neuen Wirtschaftsaufgaben“ nicht begreift.

Wirr und grotesk, wie in diesem Punkt Hitlers Vorstellungen durcheinanderlaufen, so äußert er sich auch zur „Frage des Kostenpreises“ – das Wort bietet einen ausreichenden Beweis. Am Ende steht jeweils der Befehl: das eine Mal Gummireifen ohne Rücksicht auf die Gestehungskosten zu produzieren, das andere Mal deutsches Eisenerz zu verhütten, auch wenn dazu riesige neue Hüttenanlagen errichtet werden müssen. Noch ist Hitler nicht an die Grenzen gestoßen, die Menschen- und Geldmangel setzen können, und ist nicht bereit, überhaupt die Möglichkeit solcher Grenzen anzuerkennen. Das Zahlenspiel im letzten Absatz der Denkschrift zeigt deutlich genug, wie er sich berauscht und alle Tatsachen übersieht oder mit Befehlen zu überspringen sucht.

Weitere allgemeine Hinweise gelten der Versorgung mit Textilrohstoffen und mit Fetten aus Kohle. Hitler strebt, wie er schreibt, „auf all den Gebieten eine hundertprozentige Selbstversorgung an“, auf denen er dies für möglich hält, nachdem, wie er meint, „vier kostbare Jahre“ zum großen Teil vergeudet worden seien. Daß er in diesem Zusammenhang Wirtschaftssaboteuren den Tod androht und zugleich wieder einmal das Judentum für alle Schwächen und Mängel haftbar macht, gehört zum gewohnten Bild. Bemerkenswert ist, daß Hitler hier der Bevölkerung „Opfer auf dem Gebiete der Ernährung“ in Aussicht stellte, die ja in den Großstädten bereits seit Monaten deutlich zu verspüren waren.

Das Ziel aber all dieser Anweisungen, Befehle und Drohungen war, die Wirtschaft in dem Augenblick kriegsfähig zu wissen, in dem die Wehrmacht einsatzfähig war zur „endgültigen Lösung“, die er „in einer Erweiterung des Lebensraumes bzw. der Rohstoff-Ernährungsbasis unseres Volkes“ sah<sup>31</sup>. Das sollte spätestens das Jahr 1940 sein. Die Terminierung seines wirtschaftlichen Mehrjahresplanes dürfte also kaum von ungefähr und nicht allein im Anschluß an den ersten „Vierjahresplan“ von 1933 erfolgt sein. Mit großer Wahrscheinlichkeit existieren hier gedankliche Zusammenhänge, die zwar nicht offen ausgesprochen wurden, jedoch in der Natur der Sache lagen.

## VI.

Im Rahmen der üblichen, vom Gauleiter Wagner verlesenen Proklamation des Führers zum Parteitag, die nach einem Rückblick auf das Erreichte sich „den Problemen unserer nationalen wirtschaftlichen Erhaltung“ zuwendet, ist sodann

<sup>31</sup> Die zehn Jahre später im „Fall 11“ (Weizsäcker u. a.) von Angeklagten, Zeugen und Verteidigern vertretene Auffassung, als „Erweiterung des Lebensraumes“ sei bereits die Herstellung von Kunststoffen vom Buna bis zum Fett aus Kohle anzusehen, bildete eine ad hoc-Erklärung, die für den Historiker nicht akzeptabel ist. Die von Fritz Hesse in seinem Buch „Spiel um Deutschland“, Paul List Verlag, München 1953, S. 74, vertretene Behauptung, der „ursprüngliche Sinn“ des Vierjahresplanes sei gewesen, durch systematische Wirtschaftsplanung die Einführung der Brotkarte zu vermeiden, kann eigentlich nur von der humoristischen Seite her gesehen und nicht ernst genommen, d. h. widerlegt werden. H. Kransnick hat dazu bereits in dem Artikel „Legenden um Hitlers Außenpolitik“ (vgl. diese Zeitschrift Jg. 2/1954, S. 221 f.) das Notwendige gesagt und insbesondere auf die beiden Schlußsätze Hitlers in der August-Denkschrift verwiesen, in denen es sich nicht gerade um Brotkartenfragen handelt.

(am 9. September 1936) das „neue Vierjahresprogramm“ aufgestellt worden. Dazu heißt es zunächst: „In vier Jahren muß Deutschland in allen jenen Stoffen vom Ausland gänzlich unabhängig sein, die irgendwie durch die deutsche Fähigkeit, durch unsere Chemie und Maschinenindustrie sowie durch unseren Bergbau selbst beschafft werden können.“ Und der folgende Satz verspricht: „Der Neuaufbau dieser großen deutschen Rohstoffindustrie wird auch die nach Abschluß der Aufrüstung freiwerdenden Menschenmassen nationalökonomisch nützlich beschäftigen.“ Man wird in einem totalitären Staat nicht erwarten dürfen, daß das Staatsoberhaupt seine Kriegsabsichten und -termine öffentlich bekanntgibt. Es läuft aber auf eine absichtliche Irreführung des Volkes hinaus, wenn buchstäblich korrekt von Beendigung der Aufrüstung gesprochen wird, in Wirklichkeit aber Kriegsbereitschaft gemeint ist. In der gleichen Manier geht es weiter. Die Denkschrift erwähnt die Opfer, die für die Rüstung im Bereich der Ernährung nötig sein würden; die „Proklamation“ dagegen spiegelt die Möglichkeit vor, „die aus unserem Export stammenden Eingänge in erster Linie für die Lebensmittelversorgung bzw. für die Versorgung mit den uns dann noch fehlenden Rohstoffen zu reservieren“, und deutet die bevorstehenden Opfer nur sehr vage an<sup>32</sup>. „Unabhängig davon“ wird der Anspruch auf die „Lösung unserer kolonialen Forderungen“ aufrechterhalten, wobei wohlweislich in diesem Zusammenhang der Begriff „Lebensraum“ nicht verwendet wird.

Schließlich zu behaupten, die durch das Programm gestellte neue Aufgabe sei „wissenschaftlich auf vielen Gebieten bereits gelöst“, die Produktionsmethoden seien „in Erprobung begriffen und zum Teil schon entscheidend festgelegt“, paßt schlecht zu den Vorwürfen, welche die Denkschrift an Wirtschaftsministerium und Industrielle mit ihren „Ausflüchten“ gerichtet hatte. Allerdings wurde die Privatwirtschaft, wie immer Hitler sie auch verstehen mochte, nun auch in der „Proklamation“ grundsätzlich und mit der perfiden Behauptung, es handle sich um eine Entscheidung zwischen Volkswohl und Gewinnsucht der Unternehmer, preisgegeben, indem es hieß: „Vielleicht wird aus dem Munde westlicher Demokraten bald erneut die Klage zu vernehmen sein, daß wir nun auch der Wirtschaft keine Freiheit der eigenbeliebigen Betätigung geben, sondern sie in die Zwangsjacke unserer staatlichen Planung nehmen. Allein Sie, meine Volksgenossen, werden verstehen, daß es sich hier nicht um Demokratie oder Freiheit, sondern um Sein oder Nichtsein handelt. Nicht die Freiheit oder der Gewinn einiger Industrieller stehen zur Debatte, sondern das Leben und die Freiheit der deutschen Nation. Wer glaubt, im Interessenkreis dieser Freiheit und dieses Lebens nicht bestehen zu können, hat keine Existenzberechtigung in unserer Gemeinschaft. Die Nachwelt wird uns einmal nicht die Frage vorlegen, ob wir in dieser kritischen und bedrohlichen Zeit die Demokratie – sprich Zügellosigkeit – hochhielten, sondern nur, ob es uns ge-

<sup>32</sup> In der „Proklamation“ heißt es ausdrücklich, Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik sei es, den Lebensstandard des Volkes zu verbessern. Nicht gesagt wurde, daß man, wie Hitler es in der Denkschrift klar und deutlich formuliert, zunächst einmal daranging, „den Krieg im Frieden vorzubereiten“ (Denkschrift, 7 c).

lang, ein großes Volk vor dem wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch zu bewahren . . .“ Und dann schlossen sich wortreiche Ausführungen an über den sozialen Frieden in Deutschland, über „Aufrechterhaltung des europäischen Völkerfriedens“ und die bolschewistische Gefahr.

Göring griff solche drohenden Töne stets gern auf. Am 16. Juni 1937 erklärte er Vertretern der Eisen- und Stahlindustrie, Deutschland wäre sehr viel besser daran, wenn die deutsche Industrie sich nicht gesträubt hätte, Eisen aus deutschen Erzen zu gewinnen. „Es ist ein Unfug, ich werde rücksichtslos vorgehen und gesetzliche Bestimmungen erlassen, daß Eisen aus der deutschen Erde in größtmöglichem Umfange herausgeholt wird. Wie die Eisenvorkommen entdeckt werden, ob mit der Wünschelrute oder sonstwie, ist mir gleichgültig. Es ist auch nicht entscheidend, was für Kosten in der Eisengewinnung entstehen.“

Als Hitler schließlich am 27. September 1936 bei der Eröffnung der Autobahnstrecke Breslau–Kreibitz die Fertigstellung des tausendsten Kilometers Autobahnstrecke feierte, verkündete er, daß in 18 Monaten Deutschland von jedem Zwang zur Benzineinfuhr frei sein werde<sup>33</sup>. So vermischten sich in seinen Reden und Vorstellungen bei jeder Gelegenheit Programm und Ergebnis. Die Wirklichkeit sah anders aus. In den Unterlagen für eine Besprechung in Karinhall am 9. Februar 1940 heißt es in einer Vortragsnotiz für Göring, die bereits vom 31. Januar 1939 stammte: „Der mit der Führerrede . . . befohlene 18-Monate-Plan zur Ausweitung der Mineralölherzeugung ist heute noch bei weitem nicht erreicht. Wenn nicht umgehend durchgreifendere Entschlüsse, die den praktischen Erfordernissen Rechnung tragen, gefaßt werden, ist mit einem völligen Scheitern des weiteren Ausbaues der Mineralölversorgung zu rechnen . . .“ Und weiter heißt es im gleichen Dokument: „ . . . das Vertrauen der Wirtschaft in die Staatsführung wird sehr stark dadurch belastet, daß die Aufgaben mit großem Nachdruck gestellt werden, es hinterher aber an der primitiven Grundvoraussetzung Geld und Stahl mangelt, ohne die nicht begonnen werden kann“<sup>34</sup>.

Und schließlich wies Thomas in seinem bereits erwähnten Vortrag vor der Wehrmachtakademie am 1. November 1937 nach einem Überblick über die Ereignisse der ersten Monate des Vierjahresplanes den Offizieren gegenüber sehr klug und vorsichtig auf die offensichtlichen Unsinnigkeiten in Hitlers Auffassungen vom Gelde hin, als er ausdrücklich hervorhob, daß man selbstverständlich im Kriege noch mehr Geld brauche als im Frieden, vor allem aber Devisen – und sei es nur für die Spionage.

## VII.

Der „Vierjahresplan“ blieb praktisch nicht länger als zwei Jahre in Kraft. Dann folgten neue Konzeptionen, die noch schärfer auf die Wehrmacht und den Krieg gerichtet waren. Inzwischen aber war Hitler offenbar ständig mit Wirtschaftsfragen

<sup>33</sup> Schultheß, *Europäischer Geschichtskalender* 1936, S. 128.

<sup>34</sup> Nürnberg Dok. NI-7858 (ungedr.).

beschäftigt worden. Sie wurden nun immer stärker zum Kernproblem seiner Kriegsvorbereitungspolitik überhaupt. Das vielzitierte Hoßbach-Dokument<sup>55</sup> über die Besprechung in der Reichskanzlei am 5. 11. 1937, also rund fünfviertel Jahre nach der Formulierung der Denkschrift vom August 1936, bringt nach einleitenden Sätzen als ersten Hauptpunkt „Autarkie“, als zweiten „Beteiligung an der Weltwirtschaft“. Nun aber heißt es im Gegensatz zur Denkschrift: „Den Ernährungsschwierigkeiten durch Senkung des Lebensstandards und durch Rationalisierung [sollte Rationierung gemeint sein? – beides gäbe einen Sinn] auf die Dauer zu begegnen, sei in einem Erdteil annähernd gleicher Lebenshaltung unmöglich.“ Überhaupt sei die Autarkie „sowohl auf dem Ernährungsgebiet als auch in der Totalität hinfällig“. Also läge „im Zeitalter wirtschaftlicher Imperien, in welchem der Trieb zur Kolonisierung sich wieder dem Urzustand nähere, ... die einzige, uns vielleicht traumhaft erscheinende Abhilfe ... in der Gewinnung eines größeren Lebensraumes, ein Streben, das zu allen Zeiten die Ursache der Staatenbildung und Völkerbewegung gewesen sei ... Es handele sich nicht um die Gewinnung von Menschen, sondern von landwirtschaftlich nutzbarem Raum. Auch die Rohstoffgebiete seien zweckmäßiger im unmittelbaren Anschluß an das Reich in Europa und nicht in Übersee zu suchen ...“

Damit sind wir wieder am Ausgangspunkt unseres Interpretationsversuchs angelangt. Denn der „Lebensraum“, den es zu erobern galt, lag im Osten, in Sowjetrußland. Und die in den ersten Abschnitten der Denkschrift so düster gezeichnete bolschewistische Gefahr – so real sie später durch Hitlers Paktieren mit der Sowjetunion und Angriff gegen diese werden sollte – war zu jener Zeit der großen Schauprozesse und Prominenten-Erschießungen kaum bedrohlicher als das nationalsozialistische Deutschland um den 30. 6. 1934 für seine Nachbarn.

Die Denkschrift also, die der Proklamation des Vierjahresplanes um wenige Wochen voranging und gewissermaßen dessen intimste und geheime Begründung war, galt wie jener selbst der Rüstung, und zwar nicht zur Wiederherstellung irgendeiner Rüstungsgleichheit mit anderen Mächten, sondern zum Kriege. In vier Jahren sollten Wehrmacht und Wirtschaft kriegs-, angriffskriegsbereit sein. Im Hoßbach-Dokument heißt es, „daß wir nicht länger warten können“ als bis 1943/45. In beiden Dokumenten gemeinsam also waren mit klaren und unmißverständlichen Begründungen die termini post und ante quos für den von Hitler beabsichtigten Krieg angegeben.

*Wilhelm Treue*

<sup>55</sup> IMT XXV, S. 403 ff.

## DENKSCHRIFT HITLERS ÜBER DIE AUFGABEN EINES VIERJAHRESPLANS

### *Die politische Lage.*

Politik ist die Führung und der Ablauf des geschichtlichen Lebenskampfes der Völker. Das Ziel dieser Kämpfe ist die Behauptung des Daseins. Auch die idealistischen Weltanschauungskämpfe besitzen ihre letzten Ursachen und erhalten ihre tiefsten Antriebe aus völklich gegebenen Lebenszwecken und Zielen. Religionen und Weltanschauungen vermögen aber solchen Kämpfen stets eine besondere Härte zu geben und verleihen ihnen daher auch eine große geschichtliche Eindringlichkeit. Sie prägen dem Inhalt von Jahrhunderten ihren Stempel auf. Es ist dann nicht möglich, für Völker und Staaten, die im Bannkreis solcher weltanschaulicher oder religiöser Auseinandersetzung leben, sich von den Ereignissen abzusondern oder auszuschließen. Christentum und Völkerwanderung bestimmten den geschichtlichen Inhalt von Jahrhunderten. Der Mohammedismus erschütterte den Orient und zugleich das Abendland ebenfalls auf die Dauer von einem halben Jahrtausend. Die Reformation zog ganz Mitteleuropa in den Bereich ihrer Folgen. Es war einzelnen Staaten dabei nicht möglich, sich – sei es durch Klugheit oder durch gewollte Teilnahmslosigkeit – von den Ereignissen auszunehmen. Seit dem Ausbruch der Französischen Revolution treibt die Welt in immer schärferem Tempo in eine neue Auseinandersetzung, deren extremste Lösung Bolschewismus heißt, deren Inhalt und Ziel aber nur die Beseitigung und Ersetzung der bislang führenden Gesellschaftsschichten der Menschheit durch das international verbreitete Judentum ist.

Kein Staat wird sich dieser geschichtlichen Auseinandersetzung entziehen oder auch nur fernhalten können. Seit sich der Marxismus durch seinen Sieg in Rußland eines der größten Reiche der Welt als Ausgangsbasis für seine weiteren Operationen geschaffen hat, ist diese Frage zu einer bedrohlichen geworden. Einer in sich selbst weltanschaulich zerrissenen demokratischen Welt tritt ein geschlossener autoritärer weltanschaulich fundierter Angriffswille gegenüber.

Die militärischen Machtmittel dieses Angriffswillens steigern sich dabei in rapider Schnelligkeit von Jahr zu Jahr. Man vergleiche mit der heute tatsächlich geschaffenen Roten Armee die Annahmen des Militärs vor 10 oder 15 Jahren, um die gefährlichen Ausmaße dieser Entwicklung ermessen zu können. Man überlege sich aber die Ergebnisse einer weiteren Entwicklung in 10, 15 oder 20 Jahren, um sich ein Bild der dann eintretenden Verhältnisse zu machen.

### *Deutschland:*

Deutschland wird wie immer als Brennpunkt der abendländischen Welt gegenüber den bolschewistischen Angriffen anzusehen sein. Ich fasse dies nicht als eine erfreuliche Mission auf, sondern als eine leider durch unsere unglückliche Lage in Europa bedingte Erschwerung und Belastung unseres völkischen Lebens. Wir können uns aber diesem Schicksal nicht entziehen.

Unsere politische Lage ergibt sich aus folgendem:

Europa hat zur Zeit nur zwei dem Bolschewismus gegenüber als standfest anzusehende Staaten: Deutschland und Italien. Die anderen Länder sind entweder durch ihre demokratische Lebensform zersetzt, marxistisch infiziert und damit in absehbarer Zeit selbst dem Zusammenbruch verfallen oder von autoritären Regierungen beherrscht, deren einzige Stärke die militärischen Machtmittel sind, d. h. aber:

sie sind infolge der Notwendigkeit, die Existenz ihrer Führung den eigenen Völkern gegenüber durch die Brachialmittel der Exekutive zu sichern, unfähig, diese Brachialgewalt zur Erhaltung der Staaten nach außen anzusetzen. Alle diese Länder wären unfähig, jemals einen aussichtsvollen Krieg gegen Sowjetrußland zu führen.

Wie denn überhaupt außer Deutschland und Italien nur noch Japan als eine der Weltgefahr gegenüber stehende Macht angesehen werden kann.

Es ist nicht der Zweck dieser Denkschrift, die Zeit zu prophezeien, in der die unhaltbare Lage in Europa zur offenen Krise werden wird. Ich möchte nur in diesen Zeilen meine Überzeugung niederlegen, daß diese Krise nicht ausbleiben kann und nicht ausbleiben wird und daß Deutschland die Pflicht besitzt, seine eigene Existenz dieser Katastrophe gegenüber mit allen Mitteln zu sichern und sich vor ihr zu schützen und daß sich aus diesem Zwang eine Reihe von Folgerungen ergeben, die die wichtigsten Aufgaben betreffen, die unserem Volk jemals gestellt worden sind. *Denn ein Sieg des Bolschewismus über Deutschland würde nicht zu einem Versailler Vertrag führen, sondern zu einer endgültigen Vernichtung, ja Ausrottung des deutschen Volkes.*

Das Ausmaß einer solchen Katastrophe kann nicht abgesehen werden. Wie denn überhaupt der dichtbevölkerte Westen Europas (Deutschland inbegriffen) nach einem bolschewistischen Zusammenbruch wohl die grauenhafteste Völkernkatastrophe erleben würde, die seit dem Verlöschen der antiken Staaten die Menschheit heimgesucht hat. *Gegenüber der Notwendigkeit der Abwehr dieser Gefahr haben alle anderen Erwägungen als gänzlich belanglos in den Hintergrund zu treten!*

#### *Deutschlands Abwehrfähigkeit:*

Die Abwehrfähigkeit Deutschlands basiert auf einigen Faktoren. An die Spitze möchte ich stellen zunächst den inneren Wert des deutschen Volkes an sich. Das deutsche Volk, politisch einwandfrei geführt, weltanschaulich gefestigt und militärisch durchorganisiert, stellt sicherlich den hochwertigsten Widerstandsfaktor dar, den die Welt heute überhaupt besitzt. Die politische Führung ist sichergestellt durch die Nationalsozialistische Partei, die weltanschauliche Geschlossenheit seit dem Sieg des Nationalsozialismus ist in einem bisher noch nicht erreichten Maße eingeleitet. Sie muß auf der Grundlage dieser Auffassung immer mehr vertieft und erhärtet werden. Dies ist das Ziel der nationalsozialistischen Erziehung unseres Volkes.

Die militärische Auswertung soll durch die neue Armee erfolgen. *Das Ausmaß und das Tempo der militärischen Auswertung unserer Kräfte können nicht groß und nicht schnell genug gewählt werden!* Es ist ein Kapitalirrtum, zu glauben, daß über diese Punkte irgend ein Verhandeln oder ein Abwägen stattfinden könnte mit anderen Lebensnotwendigkeiten. So sehr auch das gesamte Lebensbild eines Volkes ein ausgeglichenes sein soll, so sehr müssen doch in gewissen Zeiten einseitige Verschiebungen zu Ungunsten anderer, nicht so lebenswichtiger Aufgaben vorgenommen werden. *Wenn es uns nicht gelingt, in kürzester Frist die deutsche Wehrmacht in der Ausbildung, in der Aufstellung der Formationen, in der Ausrüstung und vor allem auch in der geistigen Erziehung zur ersten Armee der Welt zu entwickeln, wird Deutschland verloren sein!* Es gilt hier der Grundsatz, daß das, was in Monaten des Friedens versäumt wurde, in Jahrhunderten nicht mehr eingeholt werden kann.

Es haben sich daher dieser Aufgabe alle anderen Wünsche bedingungslos unterzuordnen. Denn diese Aufgabe ist das Leben und die Lebenserhaltung, und alle sonstigen Wünsche – und mögen sie in anderen Zeitläuften noch so verständlich sein – sind demgegenüber belanglos oder sogar lebensgefährdend und mithin abzulehnen. Die Nachwelt wird uns dereinst auch nicht die Frage vorlegen, nach welchen Methoden oder heute gültigen Auffassungen, Ansichten usw. wir die Rettung der Nation durchführten, sondern ob wir sie durchführten. Und es wird einst keine Entschuldigung für

unseren Untergang sein, wenn wir dann dafür aber auf<sup>1</sup> die doch so bewährten Maßnahmen hinweisen wollten, die leider den Untergang verschuldeten.

*Die wirtschaftliche Lage Deutschlands.*

So wie die politische Bewegung in unserem Volk nur ein Ziel kennt, die Lebensbehauptung unseres Volkes und Reiches zu ermöglichen, d. h. alle geistigen und sonstigen Voraussetzungen für die Selbstbehauptung unseres Volkes sicherzustellen, so hat auch die Wirtschaft nur diesen einen Zweck. Das Volk lebt nicht für die Wirtschaft oder für die Wirtschaftsführer, Wirtschafts- oder Finanz-Theorien, sondern die Finanz und die Wirtschaft, die Wirtschaftsführer und alle Theorien haben ausschließlich diesem Selbstbehauptungskampf unseres Volkes zu dienen.

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands ist aber, in kürzesten Umrissen gekennzeichnet, folgende:

- 1) Wir sind überbevölkert und können uns auf der eigenen Grundlage nicht ernähren.
- 2) Wenn unser Volk 6 oder 7 Millionen Erwerbslose besitzt, wird infolge der nicht vorhandenen Kaufkraft dieser Menschen die Ernährungslage günstiger. Es ist natürlich ein Unterschied, ob 6 Millionen Menschen 40 Mark im Monat auszugeben haben oder 100 Mark. Es darf nicht übersehen werden, daß es sich hierbei um ein Drittel der im Erwerbsleben stehenden Menschen handelt, d. h. also auf die gesamte Volkszahl umgerechnet: Durch die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik haben rund 28 Millionen Menschen eine Erhöhung ihres früheren Lebensstandards von im Durchschnitt höchstens 50 Mark im Monat auf mindestens 100–120 Mark erhalten. Dies bedeutet einen erhöhten und verständlichen Ansturm auf den Lebensmittelmarkt.
- 3) Unterbleibt aber diese Arbeitssteigerung, so muß ein hoher Prozentsatz des Volkes allmählich an Unterernährung als wertvoller Faktor von unserem Volkskörper abgezogen werden. Es ist daher trotz der schwierigen Ernährungslage das oberste Gebot unserer Wirtschaftspolitik, dafür zu sorgen, daß durch die Eingliederung aller Deutschen in den Wirtschaftsprozess die Voraussetzung für einen normalen Konsum geschaffen wird.
- 4) Soweit dieser Konsum sich auf allgemeine Gebrauchsartikel erstreckt, ist seine Befriedigung durch die Steigerung der Produktion in hohem Ausmaße möglich. Soweit sich dieser Konsum auf den Lebensmittelmarkt wirft, ist seine Befriedigung aus der inneren deutschen Wirtschaft nicht möglich. Denn: Zahlreiche Produktionen können ohne weiteres erhöht werden. Das Ergebnis unserer landwirtschaftlichen Produktion kann eine wesentliche Steigerung nicht mehr erfahren. Ebenso ist es uns unmöglich, einzelne Rohstoffe, die uns in Deutschland fehlen, zur Zeit auf einem künstlichen Wege herzustellen oder sonst zu ersetzen.
- 5) Es ist aber gänzlich belanglos, diese Tatsachen immer wieder festzustellen, d. h. festzustellen, daß uns Lebensmittel oder Rohstoffe fehlen, sondern es ist entscheidend, jene Maßnahmen zu treffen, die für die Zukunft eine endgültige Lösung, für den Übergang eine vorübergehende Entlastung bringen können.
- 6) Die endgültige Lösung liegt in einer Erweiterung des Lebensraumes bzw. der Rohstoff- und Ernährungsbasis unseres Volkes. Es ist die Aufgabe der politischen Führung, diese Frage dereinst zu lösen.
- 7) Die vorübergehende Entlastung kann nur im Rahmen unserer heutigen Wirtschaft gefunden werden. Und dazu ist folgendes festzustellen:
  - a) Daß das deutsche Volk in seiner Ernährung steigend von der Einfuhr abhängig sein wird, desgleichen aber auch gewisse Rohstoffe unter allen Umständen

<sup>1</sup> In der vorliegenden Abschrift steht statt „auf“ fälschlich „auch“.

wenigstens teilweise aus dem Auslande beziehen muß, ist mit allen Mitteln auf die Ermöglichung dieser Einfuhr hinzuarbeiten.

- b) Die Steigerung des eigenen Exports ist theoretisch möglich, praktisch aber kaum wahrscheinlich. Deutschland exportiert nicht in einen politisch oder wirtschaftlich luftleeren Raum, sondern in unerhört hart umstrittene Gebiete. Unser Export ist gemessen an dem allgemeinen internationalen Wirtschaftsschwund nicht nur *nicht mehr*, sondern *weniger* gesunken als der der anderen Völker und Staaten. Allein, da die Lebensmitteleinfuhr im großen gesehen überhaupt keine wesentliche Senkung verträgt, sondern eher steigt, muß auf anderem Weg ein Ausgleich gefunden werden.
- c) Es ist aber unmöglich, bestimmte Rohstoffdevisen für den Import von Lebensmitteln zu verwenden, wenn nicht der sonstigen deutschen Wirtschaft ein schwerer, ja vielleicht vernichtender Schlag zugefügt werden soll. *Es ist aber vor allem gänzlich unmöglich, dies auf Kosten der nationalen Aufrüstung zu tun.* Ich muß mich hier schärfstens verwahren gegen die Auffassung, durch eine Einschränkung der nationalen Aufrüstung, d. h. der Waffen- und Munitionsherstellung, eine „Anreicherung“ von Rohstoffen herbeiführen zu können, die dann im Kriegsfall etwa Deutschland zugute käme. Eine solche Auffassung beruht auf einem gänzlichen Verkennen – um mich nicht schärfer auszudrücken – der vor uns liegenden Aufgaben und militärischen Erfordernisse. Denn selbst eine gelungene Einsparung von Rohstoffen durch eine Einschränkung z. B. der Munitionserzeugung bedeutet nur, daß wir diese Rohstoffe im Frieden aufstapeln, um sie dann erst im Kriegsfall verarbeiten zu lassen, das heißt, wir entziehen den kritischsten Monaten die Munition und geben dafür rohes Kupfer, Blei oder vielleicht Eisen. Es würde aber in diesem Fall immer noch besser sein, die Nation ginge ohne ein kg Kupfervorrat, dafür aber mit gefüllten Munitionsdepots in den Krieg als mit leeren Depots aber sogenannten „angereicherten“ Rohstofflagern.

Der Krieg ermöglicht die Mobilisierung auch der letzten Metallvorräte. Denn: Dies ist dann kein *Wirtschaftsproblem*, sondern ausschließlich eine *Willensfrage*. Und die nationalsozialistische Staatsführung würde den Willen und auch die Entschlußkraft und Härte besitzen, um diese Probleme im Kriegsfall zu lösen. Viel wichtiger aber ist es, den Krieg im Frieden vorzubereiten! Es ist aber darüber hinaus überhaupt folgendes festzustellen:

Es gibt für den Kriegsfall gar keine Bereitstellung von *Rohstoffen*, so wenig es eine Bereitstellung von Devisen gibt. Es wird heute manchmal versucht, die Dinge etwa so hinzustellen, als ob Deutschland im Jahr 1914 mit wohlvorbereiteten Rohstoffmengen in den Krieg gezogen wäre. Dies ist eine Lüge. Keinem Staat ist es möglich, die Rohstoffmengen für einen Krieg vorher bereitzulegen, wenn dieser Krieg länger als sagen wir ein Jahr dauert. Sollte aber eine Nation wirklich in der Lage sein, diese Rohstoffmengen für ein Jahr bereitzulegen, dann verdient ihre politische, wirtschaftliche und militärische Führung aufgehängt zu werden. Denn sie legt nämlich das also vorhandene Kupfer und Eisen bereit für eine Kriegsführung, statt ihr die Granaten zu drehen. Deutschland ging aber in den Weltkrieg ohne irgendeine Bevorratung. Was damals an scheinbarer Friedensbevorratung in Deutschland vorhanden war, wurde reichlich vergolten und abgewertet durch die miserable Kriegsbevorratung an Munition. *Im übrigen sind die Mengen der Rohstoffe, die für einen Krieg benötigt werden, so große, daß eine wirkliche Bevorratung auf längere Dauer noch niemals<sup>2</sup> in der Welt-*

<sup>2</sup> Das Wort „niemals“ ist doppelt unterstrichen.

*geschichte gegeben war! Was aber die Bevorratung durch Devisenanhäufung betrifft, so ist es ganz klar, daß*

1) der Krieg jederzeit in der Lage ist, Devisen zu entwerten, sofern sie nicht als Gold in Erscheinung treten und

2) daß die Umwandlung selbst von Gold in Rohstoffe im Kriege nicht die geringste Gewähr für Verwirklichung besitzt. Deutschland hat im Weltkrieg in sehr vielen Staaten noch sehr große Devisenguthaben besessen. Es ist unseren schlaun Wirtschaftspolitikern aber nicht möglich gewesen, dafür nun Brennstoff, Gummi, Kupfer, Zinn in irgendeinem ausreichenden Maße nach Deutschland zu bringen. Wenn das Gegenteil behauptet wird, ist dies ein lächerlicher Unsinn. Aus diesem Grunde und aus dem Grund, die Ernährung unseres Volkes sicherzustellen, ergibt sich aber zwingend folgende Aufgabe:

*Es ist nicht genug damit getan, von Zeit zu Zeit nur Rohstoff- oder Devisen-Bilanzen aufzustellen oder von einer Vorbereitung der Kriegswirtschaft im Frieden zu sprechen, sondern es ist notwendig, der Friedensernährung und vor allem der Kriegsführung die Mittel zu sichern, die durch menschliche Energie und durch Tatkraft gesichert werden können. Und ich stelle daher zu einer endgültigen Lösung unserer Lebensnot folgendes Programm auf:*

I. Ähnlich der militärischen und politischen Aufrüstung bzw. Mobilmachung unseres Volkes hat auch eine wirtschaftliche zu erfolgen und zwar im selben Tempo, mit der gleichen Entschlossenheit und wenn nötig auch mit der gleichen Rücksichtslosigkeit. Interessen einzelner Herren dürfen in der Zukunft dabei keine Rolle mehr spielen. Es gibt nur ein Interesse, und das ist das Interesse der Nation und eine einzige Auffassung, das ist die, daß Deutschland politisch und wirtschaftlich in die Lage der Selbsterhaltung gebracht werden muß.

II. Zu diesem Zwecke sind auf all den Gebieten, auf denen eine eigene Befriedigung durch deutsche Produktionen zu erreichen ist, Devisen einzusparen, um sie jenen Erfordernissen zuzulenken, die unter allen Umständen ihre Deckung *nur* durch Import erfahren können.

III. In diesem Sinne ist die deutsche Brennstoffherzeugung nunmehr im schnellsten Tempo vorwärtzutreiben und binnen 18 Monaten zum restlosen Abschluß zu bringen. Diese Aufgabe ist mit derselben Entschlossenheit wie die Führung eines Krieges anzufassen und durchzuführen; denn von ihrer Lösung hängt die kommende Kriegsführung ab und nicht von einer Bevorratung des Benzins.

IV. Es ist ebenso augenscheinlich die Massenfabrikation von synthetischem Gummi zu organisieren und sicherzustellen. Die Behauptung, daß die Verfahren vielleicht noch nicht gänzlich geklärt wären und ähnliche Ausflüchte haben von jetzt ab zu schweigen. Es steht nicht die Frage zur Diskussion, ob wir noch länger warten wollen, sonst geht die Zeit verloren und die Stunde der Gefahr wird uns alle überraschen. Es ist vor allem nicht die Aufgabe staatlich-wirtschaftlicher Einrichtungen, sich den Kopf über Produktionsmethoden zu zerbrechen. Dies geht das Wirtschaftsministerium gar nichts an. Entweder wir besitzen heute eine Privatwirtschaft, dann ist es deren Aufgabe, sich den Kopf über die Produktionsmethoden zu zerbrechen, oder wir glauben, daß die Klärung der Produktionsmethoden Aufgabe des Staates sei, dann benötigen wir keine Privatwirtschaft mehr.

V. Die Frage des Kostenpreises dieser Rohstoffe ist ebenfalls gänzlich belanglos, denn es ist immer noch besser, wir erzeugen in Deutschland teurere Reifen und können sie fahren, als wir verkaufen theoretisch billige Reifen, für die das Wirtschaftsministerium aber keine Devisen bewilligen kann, die also mithin an [sic] Mangel des Rohstoffes nicht erzeugt werden können und mithin überhaupt auch nicht gefahren werden. Wenn wir schon gezwungen sind, in großem Umfang eine Binnenwirtschaft im

autarken Sinn aufzubauen – und dies sind wir – denn durch Lamentieren und Feststellungen unserer Devisennot wird das Problem jedenfalls nicht gelöst – dann spielt im einzelnen der Rohstoffpreis nicht mehr die ausschlaggebende Rolle.

Es ist weiter notwendig, die deutsche Eisenproduktion auf das außerordentlichste zu steigern. Der Einwand, daß wir nicht in der Lage seien, aus dem deutschen Eisenerz mit 26 % Gehalt ein ähnliches billiges Roheisen zu erzeugen, wie aus den 45%igen Schwedenerzen usw. ist belanglos, weil uns ja nicht die Frage gestellt ist, was wir lieber tun wollen, sondern nur, was wir tun können<sup>2</sup>. Der Einwand aber, daß in dem Fall die ganzen deutschen Hochöfen umgebaut werden müßten, ist ebenfalls unbeachtlich, und vor allem geht das das Wirtschaftsministerium nichts an. Das Wirtschaftsministerium hat nur die nationalwirtschaftlichen Aufgaben zu stellen, und die Privatwirtschaft hat sie zu erfüllen. Wenn aber die Privatwirtschaft glaubt, dazu nicht fähig zu sein, dann wird der nationalsozialistische Staat aus sich heraus diese Aufgabe zu lösen wissen. Im übrigen hat Deutschland tausend Jahre keine fremden Eisenerze gehabt. Noch vor dem Kriege wurden mehr deutsche Eisenerze verarbeitet als in der Zeit unseres schlimmsten Verfalls. *Sollte uns die Möglichkeit aber bleiben, trotzdem noch billige Erze einzuführen, dann ist dies ja gut. Die Existenz der nationalen Wirtschaft und vor allem der Kriegsführung darf davon jedoch nicht abhängig sein.*

Es ist weiter notwendig, die Verbrennung der Kartoffel zu Spiritus sofort zu verbieten. Der Brennstoff muß aus der Erde gewonnen werden und nicht aus Kartoffeln. Wir haben statt dessen die Pflicht, etwa freiwerdende Anbauflächen entweder für die menschliche oder tierische Ernährung zu verwenden oder für den Anbau von Faserstoffen.

Es ist weiter notwendig, unsere industrielle Fettversorgung in kürzester Schnelligkeit vom Import unabhängig zu machen und aus unserer Kohle zu befriedigen. Diese Aufgabe ist chemisch gelöst, und sie schreit einfach nach ihrer Erfüllung. Die deutsche Wirtschaft aber wird die neuen Wirtschaftsaufgaben begreifen oder sie wird sich eben unfähig erweisen in dieser modernen Zeit, in der ein Sowjet-Staat einen Riesenplan aufrichtet, noch weiter zu bestehen. *Aber dann wird nicht Deutschland zugrunde gehen, sondern es werden dies höchstens einige Wirtschaftler.*

Es ist weiter notwendig, *ohne Rücksicht auf Kosten* die deutsche sonstige Erzförderung zu steigern und insbesondere die Erzeugung von Leichtmetall auf das Äußerste zu erhöhen, um damit einen Ersatzstoff für bestimmte andere Metalle zu finden.

Es ist endlich aber auch für die Aufrüstung notwendig, schon jetzt sich wenn irgend möglich jener Stoffe zu bedienen, die im Kriegsfall anstelle der Edelmetalle treten müssen und treten werden. *Es ist besser, sich im Frieden diese Probleme zu überlegen und zu lösen als auf den nächsten Krieg zu warten, um dann im Rahmen der Fülle der gestellten Aufgaben erst auch diese wirtschaftlichen Untersuchungen und methodischen Erprobungen vornehmen zu wollen!*

Kurz zusammengefaßt: Ich halte es für notwendig, daß nunmehr mit eiserner Entschlossenheit auf all den Gebieten eine 100%ige Selbstversorgung eintritt, auf denen diese möglich ist und daß dadurch nicht nur die nationale Versorgung mit diesen wichtigsten Rohstoffen vom Ausland unabhängig wird, sondern daß dadurch auch jene Devisen eingespart werden, die wir im Frieden für die Einfuhr unserer Nahrungsmittel benötigen. *Ich möchte dabei betonen, daß ich in diesen Aufgaben die einzige wirtschaftliche Mobilmachung sehe, die es gibt, und nicht in einer Drosselung von Rüstungsbetrieben im Frieden zur Einsparung und Bereitstellung von Rohstoffen für den Krieg.* Ich halte es aber weiter für notwendig, sofort eine Überprüfung vorzunehmen der Devisenausstände der deutschen Wirtschaft im Auslande. Es gibt keinen Zweifel, daß die Außenstände unserer Wirtschaft heute ganz enorme sind. Und es gibt weiter

<sup>2</sup> Beide gesperrt gedruckten Worte sind auch in der vorliegenden Abschrift gesperrt.

keinen Zweifel, daß sich dahinter zum Teil auch die niederträchtige Absicht verbirgt, für alle Fälle im Ausland gewisse, dem inneren Zugriff entzogene Reserven zu besitzen. Ich sehe darin eine bewußte Sabotage der nationalen Selbstbehauptung bzw. der Verteidigung des Reiches, und ich halte aus diesem Grund die Erledigung zweier Gesetze vor dem Reichstag für notwendig

- 1) ein Gesetz, das für Wirtschaftssabotage die Todesstrafe vorsieht und
- 2) ein Gesetz, das das gesamte Judentum haftbar macht für alle Schäden, die durch einzelne Exemplare dieses Verbrechertums der deutschen Wirtschaft und damit dem deutschen Volke zugefügt werden.

Die Erfüllung dieser Aufgaben in der Form eines Mehr-Jahresplans der Unabhängigmachung unserer nationalen Wirtschaft vom Ausland wird es aber auch erst ermöglichen, vom deutschen Volk auf wirtschaftlichem Gebiet und dem Gebiete der Ernährung Opfer zu verlangen, denn das Volk hat dann ein Recht, von seiner Führung, der es die blinde Anerkennung gibt, zu verlangen, daß sie auch auf diesem Gebiete durch unerhörte und entschlossene Leistungen die Probleme anfaßt und sie nicht bloß beredet, daß sie sie löst und nicht bloß registriert!

Es sind jetzt fast 4 kostbare Jahre vergangen. Es gibt keinen Zweifel, daß wir schon heute auf dem Gebiet der Brennstoff-, der Gummi- und zum Teil auch in der Eisenerzversorgung vom Ausland restlos unabhängig sein könnten. Genau so wie wir zur Zeit 7 oder 800.000 to Benzin produzieren, könnten wir 3 Millionen to produzieren. Genau so, wie wir heute einige tausend to Gummi fabrizieren, könnten wir schon jährlich 70 und 80.000 to erzeugen. Genau so, wie wir von  $2\frac{1}{2}$  Millionen to Eisenerz-Erzeugung auf 7 Millionen to stiegen, könnten wir 20 oder 25 Millionen to deutsches Eisenerz verarbeiten, und wenn notwendig auch 30. Man hat nun Zeit genug gehabt, in 4 Jahren festzustellen, was wir nicht können. Es ist jetzt notwendig, auszuführen, das, was wir können.

Ich stelle damit folgende Aufgabe:

- I. Die deutsche Armee muß in 4 Jahren einsatzfähig sein.
- II. Die deutsche Wirtschaft muß in 4 Jahren kriegsfähig sein.